



Wortprotokoll

Der 283. Sitzung vom 8. November 1988

Resoconto integrale

della seduta n. 283 dell'8 novembre 1988

IX. Legislatur
IX. Legislatura
1983 - 1988



CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 283. SITZUNG
8.11.1988

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 236/88: "Programmi didattici per la scuola primaria della provincia autonoma di Bolzano" pag. 3

Disegno di legge provinciale n. 244/88: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 1989 e per il triennio 1989-1991 (legge finanziaria 1989)" e

Disegno di legge provinciale n. 245/88: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1989 e bilancio pluriennale 1989-1991". pag. 18

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 236/88: "Lehrplan für die Grundschulen der Autonomen Provinz Bozen" Seite 3

Landesgesetzentwurf Nr. 244/88: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 1989 und für den Dreijahreszeitraum 1989-1991 (Finanzgesetz 1989)" und

Landesgesetzentwurf Nr. 245/88: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1989 und mehrjähriger Haushalt 1989-1991"Seite 18

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.10 UHR
(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta é aperta.
Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

BERTOLINI (Sekretär - SVP): (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale é approvato.

Comunicazioni della Presidenza: Il Governo ha approvato un disegno di legge: n. 207/88: "Applicazione della proporzionale combinata nell'edilizia abitativa".

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Valentin e Zingerle.

Disegno di legge provinciale n. 236/88: "Programmi didattici per la scuola primaria della Provincia autonoma di Bolzano" (proseguimento).

Landesgesetzentwurf Nr. 236/88: "Lehrplan für die Grundschulen der Autonomen Provinz Bozen" (Fortsetzung).

E' stato presentato un emendamento agli allegati A), B) e C) dell'art. 1 dai consiglieri Langer e Tribus, che dice:

"Religione - scuole in lingua tedesca	pag. 72 allegato A)
scuola in lingua italiana	pag. 86 allegato B)
scuola delle località ladine	pag. 85 allegato C)

aggiungere alla cifra 2):

"In particolare gli alunni dovranno essere aiutati a comprendere come concezioni e forme di vita eticamente valide possano esistere e sono effettivamente realizzate anche al di fuori di comunità ed orientamenti religiosi. Nell'insegnamento della religione va inoltre usato particolare riguardo alla sensibilità ed al background familiare degli alunni ed evitata assolutamente ogni discriminazione nei confronti di concezioni e convinzioni minoritarie."

"Religion - deutsche Schule	S. 69 Anlage A)
italienische Schule	S. 79 Anlage B)
ladinische Schule	S. 71 Anlage C)

zu Punkt 2) hinzufügen:

"Im besonderen muß den Schülern vermittelt werden, daß ethisch hochwertige Lebensauffassungen und -gestaltungen auch außerhalb religiöser Gemeinschaften und Einstellungen möglich sind und tatsächlich vorkommen. Im Religionsunterricht ist zudem besondere Rücksicht auf die Sensibilität und den familiären Hintergrund der Schüler zu nehmen, wobei jede Diskriminierung minderheitlicher Auffassungen und Überzeugungen absolut zu vermeiden ist."

Chi chiede la parola? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Danke, Herr Präsident! Mit diesem Punkt 2, den wir hinzufügen möchten, wollen wir eine besondere Garantie einbauen, daß auch Kinder, die aus nichtreligiösen oder nichtkatholisch-religiösen Familien kommen, im Unterricht erstens voll respektiert werden, nicht nur das, sondern vor allem, daß sie nicht die Situation, die sie aus ihrer Familie kennen z.B. eben die Situation eines areligiösen Haushalts, einer areligiösen Familie, daß sie die nicht irgendwie als minderwertig empfinden, sondern daß ihnen die Möglichkeit auch gezeigt und eröffnet wird, auch wenn sie nicht vom Religionsunterricht befreit sind, denn es gibt Familien, die durchaus, obwohl sie zu Hause nicht einen Glauben, eine Religion praktizieren, ihre Kinder zum Religionsunterricht schicken. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, daß garantiert wird, daß diesen Kindern auch vermittelt wird, daß man, auch ohne eine bestimmte Konfession zu praktizieren, deswegen trotzdem ethisch hochwertige Lebensauffassungen und Lebensgestaltungen haben und praktizieren kann. Deswegen ersuchen wir, diesen Einschub ins Gesetz aufzunehmen, für alle drei Schulen, deutsche, italienische und ladinische. Danke!

ZELGER (Landesrat für Schule und Kultur - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kollege Langer! Ich gehe davon aus, daß auch Kollege Tribus gemeint ist, wenn er auch nicht unterschrieben hat, zumindest hat er auf meinem Papier nicht unterschrieben, aber das spielt keine Rolle.

Hier wird die Aussage getan, die aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit ist, daß das was da drinnen steht, daß die Leute, die keine Religion ausüben oder die sich nicht zur katholischen, zur christlichen Religion bekennen, daß diese Leute bzw. deren Kinder auch so respektiert werden müssen wie jeder andere Bürger zu respektieren ist, der anderer Meinung sein kann. Es geht um religiöse Vorstellungen.

Ich sehe das aber wirklich beim bestehenden Text irgendwie als überflüssig an, daß man das so spezifisch hier aussagt, daß man den Kin-

dern, die katholischer Religion sind, daß man denen im besonderen beibringen muß, daß es auch andere Kinder gibt, die nicht desselben Glaubensbekenntnisses sind und die doch hochwertige Bürger sind. Auf das kommt es hinaus. Auf das soll im besonderen hingewiesen werden. Ich nehme den Text her, den wir heute haben und gehe immer davon aus, daß der Fächerabschnitt Religion auf der Aussage basieren muß, wie die Religion dargestellt wird, im grundsätzlichen Papier, das für alle drei Sprachgruppen gleich ist. Und wenn Sie da lesen, auf Seite 5, das ist der Grundsatz, letzter Absatz, wird von Religion gesprochen und da steht in der letzten Zeile ganz explicitis verbis: "Dabei berücksichtigt die Schule die religiösen Erfahrungen des Kindes". Schon das ist einmal ein Kernpunkt aus meiner Sicht, daß die Schule die religiösen Erfahrungen, die das Kind gewonnen hat, in der Familie usw., daß diese religiösen Erfahrungen von seiten des Religionslehrers auch zu sehen sind in seinem Unterricht. Dabei berücksichtigt die Schule die religiösen Erfahrungen des Kindes in der Familie, damit sich die Entwicklung des Fühlens und Verhaltens unter dem Grundsatz der Achtung vor den unterschiedlichen Anschauungen im religiösen Bereich vollziehen kann und jede Form von Diskriminierung vermieden wird.

Da, glaube ich, steckt schon einiges in dieser grundsätzlichen Aussage drinnen. Einmal, daß der Religionslehrer den einzelnen Schüler zu sehen hat, wie er aus der Familie kommend, im Religiösen eingestellt ist, das ist das eine. Zum zweiten ist die wichtige Aussage drinnen, daß dem Schüler ganz allgemein gesagt wird, Achtung geboten ist vor den unterschiedlichen Anschauungen im religiösen Bereich und daß keine Diskriminierung gegeben sein darf. Soweit das Grundsätzliche.

Schauen wir uns aber nun den Text an, den Religionstext als solchen. Da ist ja auch wiederum im Absatz II: "Lehrziele und Lehrinhalte", da steht in der letzten Zeile: "Personen, die anderen Religionen oder keiner religiösen Gemeinschaft angehören, Achtung zu erweisen". Wenn wir dann ein Stück weitergehen finden wir es noch einmal, auf Seite 71, wo auch wiederum davon die Rede ist, unter Punkt d): "Ablehnung jeder Diskriminierung", damit die Ablehnung jeder Diskriminierung vollzogen wird. Ich glaube, Kollege Langer, in den Texten die wir haben, da ist schon klar das ausgesprochen, was Sie in einem besonderen Artikel noch formuliert haben möchten. Aber aus meiner Sicht ist da genügend klargelegt, daß die Achtung geboten sein muß, vor dem der einer anderen Religion oder keiner Religion angehört. Und vor allem ist nicht nur die Achtung vorgeschrieben, sondern jede Diskriminierung ist abzulehnen. Ich glaube, wenn man das alles nun zusammenfaßt, dann, muß ich ehrlich sagen, sehe ich keinen Grund, warum dieser Abänderungsantrag hier noch eingebaut werden soll, zumal einmal das Recht der Familie und des Kindes aus der Familie dargestellt ist, und auch das was Sie sagen, die Achtung und die Diskriminierung. Ich muß sagen, aus diesen Gründen können wir diesen Ihren Antrag nicht annehmen.

LANGER (AS): Herr Landesrat Zelger! Es freut mich zu hören, daß Sie in der Intention im wesentlichen übereinstimmen wollen, aber gerade der Punkt, den Sie angesprochen haben, ist doch sehr wichtig, nämlich, es geht nicht nur darum, daß Kinder, die in einer religionslosen Familie aufwachsen oder ähnliches, geschont werden, sondern es geht auch darum, daß Kinder, die in einer gläubigen Familie aufwachsen, die Möglichkeit sehen, daß man auch anders leben kann. Das heißt, daß verschiedene Möglichkeiten der Lebensgestaltung auch den kirchentreuen und katholischen Kindern beigebracht werden können. Das war der Sinn des Antrages.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, bei der Abstimmung die Beschlußfähigkeit feststellen zu wollen. Danke!

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: respinto con 1 voto favorevole e 3 astensioni.

E' stato presentato un ulteriore emendamento dai consiglieri Langer e Tribus, che dice:

"Religione - scuola tedesca - pag. 73 - "II. Obiettivi e contenuti": sopprimere le prime tre righe di introduzione "L'insegnamento della religione cattolica ... e della fede."

"Religione - scuola delle località ladine - pag. 86 - sopprimere le prime tre righe di introduzione al punto II: "L'insegnamento della religione cattolica ... della fede."

"Religion - deutsche Schule - S. 70 - unter "II. Lehrziele und Lehrinhalte" folgenden Vorspruch streichen: "Der Katholische Religionsunterricht ... zu erschließen."

"Religion - ladinische Schule - S. 70 - unter "II. Lehrziele und Lehrinhalte" folgenden Vorspruch streichen: "Der Katholische Religionsunterricht ... zu erschließen."

Chi chiede la parola? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Grazie, signor Presidente! Der Landesrat Zelger hat noch in der vorletzten Sitzung ausdrücklich gesagt, daß er es wünscht und daß es ausdrücklicher Wunsch des Bischofs sei, daß die Religionsprogramme in allen Sprachen dieselben seien. Auch deswegen sehen wir nicht ein, warum den Programmen für die deutschen und ladinischen Schulen dieser Punkt beigegeben werden soll, der in den italienischen Programmen hingegen nicht vorkommt. Der Vorspruch lautet so: "Der katholische Religionsunterricht der Grundschule will dem Kind helfen, Religion und Glauben im Kind und für das Kind zu erschließen." Es scheint uns, daß hier noch ausdrücklicher als in anderen Passagen ein Rückfall in die katechetische Konzeption des Religionsunterrichtes ist. Da diese Formulierung in den

Programmen für die italienische Schule nicht vorkommt und unserer Meinung nach völlig überflüssig ist und den falschen Lehrauftrag beinhaltet, ersuchen wir, diese zwei Zeilen zu streichen.

ZELGER (Landesrat für Schule und Kultur - SVP): Herr Kollege Langer! Aus all den Diskussionen, die über dieses Thema Religion in diesem Hause seit gestern bis jetzt erfolgt sind, glaube ich, ist doch klar zu erkennen, daß bei allem Pluralismus, der auch bestehen kann und bestehen soll, der katholischen Religion der Vorzug gegeben wird. Ich glaube, das ist eindeutig da. Und wenn das eindeutig da ist aufgrund auch der gesetzlichen Voraussetzungen, die ich nicht mehr erwähnen muß aber die auch gestern erwähnt worden sind, dann ist es doch klar wenn man von einem curricularen Lehrplan spricht. Das, glaube ich, vergessen Sie und viele andere immer wieder hier, daß wir es mit curricularen Lehrplänen zu tun haben. Ich werde einmal erklären müssen was das heißt, dann glaube ich ist es auch selbstverständlich, daß man dieser Zielsetzung, die katholische Religion heißt, daß man der dann auch die entsprechenden Inhalte gibt, sonst ist es kein curriculärer Lehrplan. Und dann ist es aus meiner Sicht wohl eine Selbstverständlichkeit für diese Voraussetzung, daß hier der erste Satz ganz klar so lautet: "Der katholische Religionsunterricht der Grundschule wird dem Kind helfen, Religion und Glauben im Kind und für das Kind zu erschließen." Ich frage mich da wirklich, was hier Anstößiges ist, unter den Voraussetzungen die ich kurz erläutert habe. Ich muß einfach einmal ein Wort zum curricularen Lehrplan hier aussagen. Ich habe schon bei der allgemeinen Debatte klar gesagt, daß hier in Italien ein völliges Neufeld betreten wird, ein völliges Neufeld, denn der Lehrplan, der aus 1955 stammt, das ist doch ein Verteilungslehrplan, wenn wir es uns einmal so hinter die Ohren schreiben wollen.

Nun hat man, so wie mehr oder weniger in ganz Mittel- und Nordeuropa, auch in Italien, mit dem DPR 104 einen curricularen Lehrplan verabschiedet. Ich habe damals gesagt sui generis, weil er aus meiner Sicht im Vergleich zu ähnlichen Lehrplänen etwa in Bayern oder in Baden-Württemberg doch noch sehr rahmenartig und abstrakt gehalten ist, zum Unterschied von Lehrplänen, die in den genannten Ländern oder auch in Österreich usw. gang und gäbe sind.

Also, was verlangt ein curriculärer Lehrplan? Er verlangt einmal in erster Linie eine klare Zielsetzung. Was will ich erreichen? Es ist klar, erreichen will ich hier Wissensvermittlung und Erziehung, das ist gemeint. Das ist die Zielsetzung. Wenn ich A) die Zielsetzung habe, dann kommt als zweites, als B), daß ich dieser Zielsetzung einen Inhalt geben muß. Ich muß aufgliedern, was in dieser Zielsetzung gelehrt werden muß. Dann kommt das dritte, um einen curricularen Lehrplan zu haben, daß ich diesem Inhalt ein methodisch-didaktisches Skelett begeben muß, mit anderen Worten, ich muß methodisch-didaktische Maßnahmen auflisten, wie dieser Inhalt gemäß dem Ziel gelehrt werden muß. Schließlich das vierte: beim curricularen Lehrplan ist die Kontrolle, daß ich die Überprüfung

vornehmen muß, inwieweit die Zielsetzung erreicht worden ist, inwieweit die Inhalte genügt haben und inwieweit meine methodischen Anleitungen zur Genüge waren. Dann habe ich einen curricularen Lehrplan. Deshalb haben wir uns bemüht, daß diese Lehrpläne, wie Sie gemerkt haben, sehr konkret und ausführlich sind gegenüber früheren Lehrplänen. Das wollte ich hier nur sagen, um darauf zurückzukommen. Ich glaube, wenn man von der Zielsetzung ausgeht, die wir uns gegeben haben, dann ist der erste Satz doch ein grundsätzlicher Satz der stehenbleiben muß.

LANGER (AS): Herr Landesrat Zelger! Sie messen mit beiderlei Maß, denn Sie haben mir gerade vorher gesagt, noch eigens die Freiheit für die Ungläubigen zu verankern, das sei nicht notwendig, das stünde schon drin. Diesmal aber steht doch gerade im Absatz vorher schon drin, daß der Religionsunterricht nach Lehr- und Lernmethoden im Einklang mit der Lehre der Kirche und in enger Anlehnung an bewährte lokale Traditionen, in denen die katholische Form des Christentums eine Vorrangstellung einnimmt usw. Das steht ja schon drin. Wenn man Dinge, die sowieso schon drinstehen und in diesem Fall sogar ausdrücklich drinstehen, nicht noch einmal sagt, dann ist nicht einzusehen, warum der Paragraph Lehrziele und Lehrinhalte diesen - wie ich ihn empfinde - katechetischen Vorspruch haben soll, der übrigens, ich möchte das auch noch einmal unterstreichen, im italienischen Teil fehlt. Wenn Sie wirklich die gleichen Bestimmungen für die Schulen in deutscher, italienischer und ladinischer Sprache wollen, dann müßten Sie das wirklich streichen, wenn Sie konsequent sind.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: respinto a maggioranza con 1 voto favorevole e 3 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 1? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Grazie. Signor Presidente, Lei si ricorderà che venerdì scorso noi avevamo insistito che si facesse prima il bilancio. La maggioranza ha voluto diversamente. Abbiamo votato contro, non abbiamo avuto i numeri, quindi, da questo punto di vista avevamo avvertito fin dall'inizio, che questa legge non sarebbe passata, perché ci sembra troppo importante per non tentare almeno di far valere un punto di vista anche critico. Grazie.

Wir sind damit am Ende der Debatte über die Änderungsversuche zu den Anhängen A), B) und C) mit den Schulprogrammen gekommen. Soweit ich es übersehen kann ist kein einziger Änderungsantrag genehmigt worden, sei es von unserer Seite - das waren die meisten - sei es von der Kollegin Klotz und vom Kollegen Meraner, sei es von den Kollegen Franzelin und Kaserer; sämtliche Anträge aus den Reihen der Abgeordneten sind von der Regierung niedergestimmt worden. Es stimmt, wie mich mein Kollege aufmerksam macht, daß hingegen eine von der Regierung vorgeschlagene Wiederherstellung des Textes, in dem das Zusammenleben positiv gewürdigt wird,

wieder eingefügt wurde und daß ein halber Rückzieher in Sachen Begegnung zwischen Schülern verschiedensprachiger Schulen angenommen worden ist und daß schließlich diese - wie ich das gestern genannt habe - Freud'schen Unterlassungen oder Fehler in den Programmen korrigiert worden sind, indem man den vorher vergessenen Nationalsozialismus, den vorher vergessenen Staat usw. eingefügt hat. Wir gehen aus dieser Diskussion um die Details zu den Lehrplänen eigentlich sehr enttäuscht hervor. Wir hätten uns erhofft, daß die Eilfertigkeit, mit der man in der Kommission über diese Programme hinweggegangen ist, jetzt im Landtag doch noch durch die Möglichkeit ausgeglichen werden könnte, die Programme ausführlicher zu diskutieren und auch da und dort zu modifizieren. Die Tatsache aber, daß es jetzt - wenn ich mich nur auf unsere spezifischen Anliegen beziehen darf -, daß erstens, es bei einer Trennung der Aufgabe zwischen der deutschen und ladinischen Schule einerseits und der italienischen Schule andererseits geblieben ist, nämlich wie ich es in der Generaldebatte sagte, deutsche und ladinische Schule vor allem als identitätsstärkende Schule verstanden, die italienische Schule auch als Schule für das Zusammenleben verstanden, daß man das niedergestimmt hat und abgelehnt hat, führt unserer Meinung nach tatsächlich zur Gefahr, daß wenn auf der anderen Seite eine Brücke gebaut werden sollte, wie sie im Gesetz vorgesehen ist, diese möglicherweise in der Luft stehenbleibt und wenn sie keine Begegnung findet, wenn sie keine Begegnung, keine Entsprechung findet, möglicherweise zu ähnlichen Rückschlägen führen könnte wie in den letzten Jahren andere diesbezügliche Versuche. Das ist der erste Grund für uns zur Klage.

Zweitens: Das ganze Problem Geschlechtserziehung brauchen wir jetzt nicht noch einmal aufzuwerfen, aber wir haben aus der Diskussion entnommen, daß die Mehrheit dieses Hauses glaubt, den Kindern in der Schule keinerlei Information über Sexualität zumuten zu können, daß sie aber glaubt, dies den italienischen Kindern zumuten zu können. Daß also auch hier dermaßen mit zweierlei Maß gemessen wird und daß gegenüber der deutschen und italienischen Schule ein so engmaschiger und unserer Meinung nach auch kurzsichtiger Standpunkt sich durchgesetzt hat, daß wir damit also nicht einverstanden sein können.

Drittens: Es hat gestern hier eine kurze aber exemplarische Diskussion gegeben über die Frage des Trentino, ob man in den Begriff der erweiterten Heimatkunde nur Nord- und Osttirol, oder auch das Trentino hineinnehmen soll. Wir haben das als eine wirklich absolut untirolische und uneuropäische Entscheidung empfunden, daß man das Trentino ausklammern wollte, wie es die Mehrheit getan hat.

Viertens: Zum Punkt Religion müssen wir leider feststellen, daß man sich für einen - ich würde sagen - kurialen Übereifer entschlossen hat, daß man also in diesem Gesetz nicht nur den katholischen Religionsunterricht und die Monopolstellung der katholischen Form der christlichen Religion als Unterrichtsgegenstand verankert hat, sondern daß man darüber hinaus auch noch soweit gegangen ist, im einzelnen per Landesgesetz z.B. vorzuschreiben, über welche Heiligen man besonders sprechen soll oder

welche Glaubensgeheimnisse besonders hervorgehoben werden sollen und ähnliches mehr. Unserer Meinung nach ist das ein Schritt, der entschieden zu weit geht. Es geht einfach zu weit, wenn irgendein profanes Organ, ein Landtag, ein Parlament, ein Staat hergeht und für die eine oder andere Religionsgemeinschaft oder gar für alle per Gesetz vorschreibt, was von den Glaubensinhalten gelehrt werden soll. Das scheint uns einfach daneben und zuviel.

Aus diesen Gründen kündige ich an, daß wir gegen den Artikel 1 dieses Gesetzes stimmen müssen, so sehr wir manche Aspekte, wie ich es in der Generaldebatte gesagt habe, auch schätzen, insbesondere, das wiederhole ich, die Tatsache, daß es immerhin einen gemeinsamen Vorspruch für alle drei Schulen gibt, womit doch zumindest Wesen und Ziele der Grundschule einheitlich für alle Volksgruppen in Südtirol festgelegt werden. Danke.

KLOTZ (SHB): In der ersten Gesetzgebungskommission hatte ich mich zu Art. 1 der Stimme enthalten, und zwar mit dem Vorbehalt, hier im Landtagsplenum mein Verhalten eventuell zu ändern und dies abhängig gemacht von einigen wesentlichen Punkten.

Nun habe ich festgestellt, daß einmal unser Antrag nicht angenommen worden ist, des weiteren aber muß ich durch die eingebrachten Änderungsanträge und Ergänzungsanträge von seiten der Landesregierung schon feststellen, daß es sich hier entweder um einen kleinen Akt der Erpressung gehandelt hat, dem man sich unterworfen hat, oder daß es tatsächlich ein unbewußter - ich kann nicht annehmen, daß das gewollt wird - Schritt hin zu einer gewissen Integration geschehen ist. Ja, ich stelle Einbrüche fest. Wenn man sich nun beginnt auszurichten auf Inhalte wie Staat Italien, *expressis verbis*, dann muß ich schon feststellen, daß das im Grunde genommen ein Einbruch in die Festigung, in die Mentalität unseres eigenen Volkes ist. Herr Landesrat Zelger, Sie können ruhig schmunzeln, aber ich bin überzeugt davon, daß wir in 20-30 Jahren wirklich dort sind, wo uns viele haben wollen, nämlich bei der Integration. Daß wir zwar die deutsche Muttersprache noch sprechen, daß wir uns kulturell vielleicht irgendwo noch unterscheiden, aber daß wir im übrigen wirklich Italiener mit deutscher Muttersprache sind, mit allen Folgen. Daß wir uns gänzlich integriert haben. Ich sehe da erste Einbrüche in der Tat.

Was nun das Problem Sexualunterricht anbelangt, Herr Landeshauptmann, habe ich die Gelegenheit gehabt, mit diesem Kreis, von dem ich gestern gesprochen habe, Kontakte aufzunehmen und zu fragen, und die Leute sagen mir, es stimmt nicht so wie es Landesrat Zelger dargestellt hat, wahr sei hingegen, daß Sie wörtlich davon gesprochen hätten, daß eben dieses Thema aus dem Grundschulunterricht ausgeklammert würde. Jetzt steht halt eben Aussage gegen Aussage. Die Leute sagen, Sie hätten das so gesagt, der Landesrat Zelger hat für Sie gesprochen, und ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich habe es schon bemängelt, daß nicht Sie persönlich das geklärt haben, da Sie ja der eigentlich Angesprochene sind.

ZELGER (SVP): (Unterbricht)

KLOTZ (SHB): Ja, aber wenn die Leute sagen das stimme nicht, daß das nicht die Wahrheit sei. Sie werden ja noch Gelegenheit bekommen, mit den Leuten das auszuräumen, Sie werden sicher auch darauf angesprochen werden.

Aus diesen Gründen werde ich mich der Stimme enthalten. Warum eine Enthaltung? Weil ich andererseits sehr wohl weiß, daß einige Änderungen, um die wir in der ersten Kommission lange Zeit gerungen haben, dringeblyen sind. Ich kann nicht ein Nein anführen, weil doch das eine und andere, gerade der Ausdruck "in Sachen Geographie", Erdkundeunterricht eben, die Betonung dringeblyen ist, auch Nord- und Osttirol kennenzulernen. Was das Trentino anbelangt, wissen wir sowieso, daß das auch im Unterricht eingeschlossen wird, denn das ist - da hat Landesrat Zelger recht - auch im Unterricht und den Erdkundekenntnissen über die Nachbarländer Südtirols und über den Alpenraum und den mitteleuropäischen Raum selbstverständlich bereits darin eingeschlossen. Aber wir müssen feststellen, daß heute zwar die Kinder und Jugendlichen alle mindestens einmal in Trient und Verona waren, aber bis zum 14. und 15. Lebensjahr nie in Innsbruck waren und kaum wissen wo Innsbruck oder Landegg oder Schwaz in Tirol liegen. Das sollte sich schon konkret ändern. Ich glaube, daß wir da schon unsere Lehrer aufrufen müssen, in diese Richtung etwas zu tun und konkret auch einen Wert drauf zu legen, daß solche geographische Begriffe vor dem Eintritt in die Oberschule eine Selbstverständlichkeit werden.

Die Schule ist die Grundlage, vor allem die Volksschule ist die Grundlage für die Identität unseres Volkes. Es ist die Grundlage für das kulturelle und nicht nur sprachliche Weiterbestehen, sondern eben in erster Linie für die Identität. Es wird also auch wesentlich von diesen Programmen abhängen, ob die Südtiroler imstande sind, auf längere Zeit wirklich ihre Identität als eigene Volksgruppe und nicht als Sprachgruppe zu bewahren.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

Dr. OSKAR PETERLINI

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Wünscht noch jemand zum Artikel 1 das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: bei 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich genehmigt.

Art. 2

(1) Die neuen Lehrpläne treten in den ersten Klassen im Schuljahr 1989/90 in Kraft, in den folgenden vier Klassen hingegen im jeweils entsprechenden Schuljahr.

(2) Auf Vorschlag der Klassenkonferenzen können die Lehrerkollegien die ge-

nannte Lehrpläne in den ersten Klassen bereits im Schuljahr 1988/89 anwenden.

(1) I nuovi programmi entrano in vigore nelle classi prime dall'anno scolastico 1989/90 e, progressivamente, nelle classi successive nei quattro anni scolastici seguenti.

(2) Su proposta dei consigli di interclasse, i collegi dei docenti, possono adottare nelle prime classi i suddetti programmi già nel corso dell'anno scolastico 1988/89.

Wünscht jemand zum Artikel 2 das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: bei 4 Enthaltungen mehrheitlich genehmigt.

Art. 3

Dringlichkeitsklausel

(1) Dieses Gesetz wird im Sinne von Artikel 55 des Sonderstatutes für die Region Trentino-Südtirol als dringend erklärt und tritt am Tage nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region in Kraft.

(1) La presente legge é dichiarata urgente ai sensi dell'articolo 55 dello Statuto Speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

Wünscht jemand zum Artikel 3 das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: bei 5 Enthaltungen mehrheitlich genehmigt.

Wer wünscht das Wort zur Stimmabgabeerklärung? Niemand. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 27, Ja 20, Nein 3 und 4 Enthaltungen. Der Landtag genehmigt das Gesetz.
Der Abg. Frasnelli hat das Wort.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bei Verlesung der Prioritätenliste, die seinerzeit von der Landesregierung vorgelegt worden war, ist auch, und zwar ganz deutlich, die Notwendigkeit unterstrichen worden, den Tagesordnungspunkt 35, Landesgesetzentwurf Nr. 189/88: "Änderungen des Landesgesetzes Nr. 11 vom 5. Mai 1987 über neue Bestimmungen zur Einschränkung des Energieverbrauches und über die Nutzung regenerationsfähiger Energiequellen" zu behandeln. Dies auch deshalb - und zwar vor der Behandlung der Finanzgesetze -, weil sie im Zusammenhang gesehen werden müssen und in den Haushaltsgesetzen auch Bezug genommen wird, in der letzten Fassung, wir werden das dann sehen, auf den Gesetzesentwurf, den wir uns hier anschicken sollten, zu genehmi-

gen. Es ist über diese Verbindung hinaus von großer Bedeutung, daß wir diesen Gesetzesentwurf noch verabschieden, weil er die Voraussetzung schafft, daß wir glaubwürdig, unsere sogenannte Alternativthese, beim Bau von Wasserkraftwerken gegenüber den Forderungen des ENELs dastehen. Daher muß ich Sie ersuchen, Herr Präsident, einmal aufgrund der Bedeutung und des Zusammenhangs, die dieses Gesetz mit den Bilanzgesetzen hat, jetzt im Sinne des Art. 102 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages über die Vorziehung des Tagesordnungspunktes 35 abstimmen zu lassen. Danke, Herr Präsident!

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Prendo la parola sulla procedura, sull'ordine dei lavori e sulla proposta Frasnelli.

Signor Presidente, io non ho partecipato, perché ero assente all'ultima riunione dei capigruppo. Mi é stato riferito che era stato concordato un qualchecosa, rappresentato dalla legge appena esaminata e approvata e dal bilancio di previsione 1989. Ripeto mi é stato riferito, probabilmente esisterá anche un verbale.

Ora il collega Frasnelli fa capire, che vuoi in connessione con il bilancio, vuoi indipendentemente da questo, sarebbe opportuno fare la legge sul risparmio energetico.

Ora io signor Presidente, per memoria voglio ricordare a tutti noi che ufficialmente e nella legalità possiamo lavorare fino al 12 di dicembre, sicché io non mi scandalizzo di poter fare qui continuamente le riunioni, anche se i più sono impegnati nella campagna elettorale e anche dopo il voto fino all'entrata in vigore del nuovo Consiglio e procedere all'attività legislativa come un normale consesso. Io non ho problemi di questa natura. Se si intende fare questo si deve chiaramente dirlo. Ma se poi come le ciliege, una legge tira l'altra, non mi pare che sia corretto procedere in questo modo. Collega Presidente, se si ritiene di modificare il calendario dei nostri impegni e dei nostri lavori, e dunque dell'esame delle leggi e delle giornate che sono necessarie, non si ha che dirlo. Se invece la risultante é che si vuole solo oggi e domani, pensando di esaurire il bilancio, collega Balzarini, nel bilancio, dato che non parliamo di bruscolini, ma di qualche migliaio di miliardi all'interno del quale ci sono le persone che vivono questa terra e i loro problemi, non ci si scandalizzi se la giornata di oggi e di domani non sono assolutamente sufficienti per fare il bilancio. Perché il dibattito politico ci sarà, non mi interessa se c'è o non c'è la relazione del Presidente della Giunta, per un bilancio di previsione anche se non c'è la relazione c'è il contenuto rappresentato dal bilancio stesso, dalle decisioni di spesa. Allora collega Frasnelli si dica che si avanti a ruota più o meno libera, si lavora finché si può, ci mettiamo l'anima in pace. Ma se si vuole fare il bilancio entro oggi o domani, io dico a questo punto togliamocelo dalla testa. O se lo tolgano dalla testa coloro i quali pensano sia fattibile entro le ore 13.00 di domani esaurire il bilancio. Noi per le cose che dobbiamo dire siamo disposti naturalmente a dire, riteniamo che non siamo

in smobilitazione, ma siamo qui in pieno delle nostre funzioni, e questo implica una nostra parte nella discussione sul bilancio di previsione 1989. Per cui veda collega Frasnelli se ritiene, non dico di modificare la sua proposta, non mi interessa molto a questo punto, ma di modificare l'ordine dei nostri lavori mettendo a disposizione i giorni necessari, si sia almeno chiari su questo.

Nulla di più nulla di meno.

PRÄSIDENT: Bevor ich den nächsten Rednern das Wort erteile, muß ich folgendes sagen: Die Fraktionssprecher haben tatsächlich beschlossen - soviel mir mitgeteilt worden ist, ich war nicht dabei und es kein Protokoll von dieser Sitzung gibt, weil der Generalsekretär Dr. Erckert nicht da ist -, aber soviel mir vom Amt mitgeteilt worden ist, ist beschlossen worden, im Dringlichkeitswege die beiden Haushaltsbeschlüsse zu verabschieden, und wenn noch Zeit bleibt, das Gesetz von Landesrat Zelger, das also gerade behandelt worden ist.

Natürlich steht es allerdings dem Landtag als übergeordnetem Organ frei, die Dinge anders zu beschließen. Diesbezüglich gilt der Art. 40 der Geschäftsordnung, auf das wollte ich hinweisen. Da heißt es, daß bei Vorverlegung eines Tagesordnungspunktes einer dafür und einer dagegen sprechen kann, maximal 5 Minuten. Der Abgeordnete D'Ambrosio hat dagegen gesprochen, so daß nur mehr eine Wortmeldung dafür zulässig ist.

Der Abgeordnete Meraner hat das Wort.

MERANER (FPS): Herr Präsident! Ich möchte darauf hinweisen, daß der Kollege D'Ambrosio nicht dagegen geredet hat, er hat grundsätzliche Erwägungen angestellt zu diesem Thema. Ich möchte dagegen reden.

KLOTZ (SHB): Herr Präsident! Ich kann bestätigen, daß in der Fraktionssprechersitzung mehrmals betont worden ist, daß wir dafür sind, den Haushalt noch abzuschließen, das Gesetz über die Grundschulprogramme und das kleine EG-Gesetz von Landesrat Durnwalder, also das Landwirtschaftsgesetz. Wir hatten uns bereit erklärt, am Montag, heute und morgen noch Landtagssitzungen zu machen, obwohl früher andere Termine diesbezüglich genannt worden waren. Ich weiß nicht, was man uns diesbezüglich noch zumuten will. Das ist ein ganz eklatanter Wortbruch, Herr Präsident, der hier geschieht. Ich meinerseits muß sagen, ich bin nicht bereit, solche Wortbrüche mitzutragen. Wenn man klug vorgegangen wäre, dann hätte man jetzt den Haushalt begonnen und dann geschaut, was morgen an Zeit noch übrigbleibt. Ich bin überzeugt, daß dann auch noch die Zeit eventuell übrig wäre, um auch noch dieses Energiegesetz durchzubringen, wenn man es ein bißchen verstanden hätte, hier mit Klugheit und Vorsicht vorzugehen, gemäß den getroffenen Vereinbarungen. Das, Herr Präsident, sind die getroffenen Vereinbarungen und Sie müssen es uns schon zugute halten, daß wir hierher kommen, heute und auch noch morgen bis 13 Uhr. Das hatten wir abgemacht und wir werden uns daran halten. Aber nicht so, indem man das

andere dann hinauszögert, so daß möglicherweise noch zwei weitere Sitzungstage notwendig werden, wobei man ja schon in Aussicht gestellt hat, nach dem 20. November gleich einmal wieder Landtagssitzungen zu machen. Ich weiß nicht, was man uns hier noch zumuten will.

Also, nach Abschluß des Haushaltes und des EG-Gesetzes von Durnwalder, jawohl, bin ich bereit, bis morgen um 13 Uhr noch dieses Gesetz mitzumachen. Aber nicht jetzt das einflechten. Das ist gegen die Vereinbarungen, das ist ein eklatanter Wortbruch.

FRASNELLI (SVP): Es handelt sich wieder einmal um ein Mißverständnis. Weder Wortbruch noch sonst etwas. Ich kann bestätigen, Kollegin Klotz, wenn Du mir ein Momentchen die Zeit dazu gibst, ich habe Dich ja auch nicht unterbrochen. Wir haben in der Fraktionsführersitzung, ausgehend von den gesicherten Elementen in dem Sinne gesprochen und auch die Vereinbarungen getroffen, wie sie vorhin zum Ausdruck gebracht worden sind. Dies deshalb, weil auch hier im Landtag Landesrat Mayr uns bedeutet hat, daß in der Frage der Novellierung des Energiespargesetzes er noch in die Landesregierung müsse und dort noch darüber diskutiert werden müsse. Und weil wir in der letzten Zeit doch öfters erlebt haben, daß sich das dann noch erheblich in die Länge gezogen hat, ist dieser Gesetzentwurf nicht in die Diskussion bei den Fraktionsführern nicht aufgenommen worden. Das war die Situation. Die Abklärung ist sehr schnell und zügig erfolgt und deswegen kommt das hier neuerdings auf den Tisch. Also, weder ein Wortbruch, sondern möglicherweise ein Mißverständnis. Die Dinge sind so gelaufen, wie ich es Ihnen jetzt gesagt habe. Danke!

PRÄSIDENT: Ich möchte nur folgendes feststellen, daß mit dem Hinweis auf die Geschäftsordnung der Paragraph 40 der Geschäftsordnung mit Füßen getreten wird. Einer ist dafür und einer ist dagegen, jeder meldet sich zur Geschäftsordnung zu Wort und redet de facto zur Sache. Nachdem es bisher so geglitten hat, gilt es auch für die nächsten, die sich zu Wort gemeldet haben.

MAYR (Landesrat für Wildbachverbauung, Wasser- und Energiewirtschaft - SVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben erst kürzlich eine Motion im Landtag verabschiedet, bei der es darum gegangen ist, im Klartext und in wenigen Worten, anstatt der ENEL-Großkraftwerke alternative Projekte zu verwirklichen, kleinere und mittlere, und der gesamte Landtag hat sich mehr oder weniger hinter dieses Konzept gestellt. Es wäre jetzt undenkbar, meines Erachtens, daß wir als Südtiroler Landtag einmal etwas wollen und dann nicht konsequent sind, denn dieses Gesetz hätte an sich auch schon gemeinsam mit der Motion verabschiedet werden können. Es ist richtig, was der Fraktionssprecher Frasnelli erklärt, daß ich nochmals in die Landesregierung gehen wollte und ich werde gemäß Beschluß der Landesregierung einen Abänderungsantrag dann hier einreichen, der auch die Finanzierung dieser Alternativprojekte vorsieht.

Ich möchte darüber hinaus sagen, es wäre notwendig sogar, gegenüber dem was ENEL in Südtirol vorhat, einstimmige Landtagsbeschlüsse zu realisieren und nicht etwa hier, nur um die Frage Opposition oder nicht Opposition zu verwirklichen. Ich glaube, nur wenn wir gemeinsam, Landtag, Gemeinden dieses Konzept vertreten, werden wir auch in Rom erfolgreich sein. Ich würde ersuchen, Herr Präsident, dieses Gesetz unbedingt auf die Tagesordnung zu nehmen. Es hat drei Artikel plus einen Abänderungsantrag, den ich verteilen werde.

PRÄSIDENT: Wünscht noch jemand das Wort? Abgeordneter D'Ambrosio, Sie haben jetzt schon einmal geredet und das war nicht eine Stellungnahme dagegen, Sie haben gesagt, es war nur eine allgemeine Erwägung. Aber ich lese Euch vor, was in der Geschäftsordnung steht und wie Ihr sie interpretiert: "Auf Antrag kann der Landtag durch Erheben der Hand über die Vorverlegung eines Punktes der Tagesordnung beschließen. Die Begründung des Antrages ist zulässig." Das ist bereits durch den Abgeordneten Frasnelli geschehen. "Ein Abgeordneter kann dafür und einer dagegen sprechen, wobei die Wortmeldung die Dauer von 5 Minuten nicht überschreiten darf."

Die Geschäftsordnung muß, wenn auch in flexibler Form, doch eingehalten werden. Ich wiederhole noch einmal: Der Beschluß der Fraktions-sprecher ist klar, er ist auch bestätigt worden. Es ist vom Abgeordneten Frasnelli eine Begründung geliefert worden, warum damals dieser Beschluß nicht so gefaßt worden ist, daß auch das Gesetz von Landesrat Mayr mit dabei war. Jeder möge entscheiden. Der Landtag steht selbstverständlich über dem Organ der Fraktionssprecher und deswegen muß ich gemäß Art. 40 der Geschäftsordnung den Antrag zur Abstimmung bringen.

Wir stimmen über die Vorverlegung ab. Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 26, 17 sí, 7 no e 2 schede bianche.

Considerato che la maggioranza richiesta é di 18 voti favorevoli, l'anticipazione viene respinta.

La parola al consigliere Langer sui disegni di legge n. 244/88 e n. 245/88.

LANGER (AS): Signor Presidente, siccome la maggioranza non ha rispettato gli accordi in sede di capigruppo, anche noi da questo momento in poi ci sentiamo liberi dagli impegni presi in quella sede e Le chie-

diamo di far votare sull'anticipazione del Bilancio, perché noi ad esempio ci opponiamo. Abbiamo delle mozioni da trattare iscritte all'ordine del giorno prima del Bilancio, quindi Le chiedo di effettuare la votazione, perché il Regolamento lo prevede e non c'è accordo dei capigruppo che lo possa mettere fuori rigore, tanto più che la nostra parte non si attiene più ad un accordo che è stato stracciato cinque minuti fa dal capogruppo dell'SVP.

PRESIDENTE: Consigliere Langer, io prendo atto delle sue dichiarazioni, però non metto in votazione niente, perché c'era un accordo preciso di fare il Bilancio. Io ero assente e quindi non so cosa è successo. Comunque è stato respinto, adesso ritorniamo al Bilancio e basta.

D'AMBROSIO (PCI): Il punto va sempre anticipato.

PRESIDENTE: Noi avevamo fatto un accordo tra capigruppo e abbiamo detto che si fa la legge e poi il Bilancio. In aula non ammetto che si facciano delle propagande.

La parola al consigliere Langer sul Regolamento.

LANGER (AS): Signor Presidente, l'articolo 102 del Regolamento parla chiarissimo. Prevede che delle mozioni scritte all'ordine del giorno possono essere scavalcate, salvo che non ci sia l'accordo dei proponenti, solo con votazione scritta e con maggioranza qualificata. Chiedo l'applicazione del Regolamento formalmente ed insisto su questa richiesta. L'accordo tra i capigruppo è stato ritenuto carta straccia dal capogruppo della SVP, non ci sentiamo più vincolati in niente e La prego di mettere in votazione la richiesta. Il capogruppo della SVP giustamente, - mi faccia terminare signor Presidente -, si è appellato al Regolamento, ne aveva diritto, gli è stata data ragione, è stato votato ed non ha trovato la maggioranza. Adesso chiedo io, e mi appello al Regolamento, che venga votata la richiesta di anticipazione e se qualcuno la chiede, credo che il Presidente stesso la proponga, e che si voti in proposito. Il Regolamento lo prevede, è un nostro diritto. Grazie.

PRESIDENTE: Prendo atto di una cosa, se facciamo un accordo di capigruppo poi si dovrebbe, fra gentiluomini, rispettarlo. Siccome il capogruppo della SVP ha chiesto un'anticipazione, aderiamo anche alla sua richiesta di anticipare sul Bilancio su mia richiesta.

Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 27, 22 sí e 5 no. La proposta di anticipazione viene accolta.

Disegni di legge provinciali n. 244/88: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 1989 e per il triennio 1989-1991 (legge finanziaria 1989)" e n. 245/88: "Bilancio di previsione della Provincia Autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1989 e bilancio pluriennale 1989-1991".

Landesgesetzentwürfe Nr. 244/88: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 1989 und für den Dreijahreszeitraum 1989-1991 (Finanzgesetz 1989)" und Nr. 245/88: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1989 und mehrjähriger Haushalt 1989-1991".

Prego dare lettura della relazione accompagnatoria del disegno di legge n. 244/88.

BALZARINI (Assessore alle finanze e patrimonio - DC): Signore e Signori Consiglieri, con il presente disegno di legge vengono creati i presupposti giuridici di autorizzazione di gran parte delle spese stanziati nel collegato bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1989.

Infatti dei 2.147 miliardi previsti nel bilancio, ben 1.230 miliardi, ossia circa il 57%, sarebbero senza legittimazione ove non venisse approvato il presente provvedimento.

Gli altri 917 miliardi stanziati nel bilancio trovano fondamento normativo in precedenti leggi provinciali o statali e quindi non riguardano la legge finanziaria annuale. In particolare, non rientrano nella disciplina della legge finanziaria le spese per il normale funzionamento degli organi e degli uffici dell'Ente, le spese relative a compiti istituzionali, le spese obbligatorie in forza di impegni precedentemente assunti, gli accantonamenti sui fondi per provvedimenti legislativi, le spese collegate ad entrate con stretto vincolo di destinazione e le partite di giro. Per tutte queste spese gli stanziamenti occorrenti sono quantificati direttamente sui capitoli del bilancio di previsione.

La presentazione della legge finanziaria, che è una vera e propria legge sostanziale, e della legge di bilancio, che ha invece natura di legge soltanto formale, e la loro discussione ed approvazione in Consiglio provinciale avviene contemporaneamente. Dato però che il programma annuale di entrata e di spesa è rispecchiato più compiutamente dalla legge di bilancio, la quale recepisce anche le autorizzazioni della legge finanziaria, l'attenzione in sede di discussione è maggiormente concentrata sul bilancio stesso.

Conseguentemente si rinvia l'illustrazione dei contenuti finanziari di spesa, insiti in questa legge finanziaria, al quadro più generale delle decisioni di bilancio evidenziate nella relazione accompagnatoria al disegno di legge del bilancio 1989, decisioni motivate più dall'esigenza di garantire la continuità amministrativa nel momento di passaggio dall'una all'altra legislatura, che da precise scelte politiche.

Prima di esaminare succintamente i singoli articoli del presente dise-

gno di legge, giova ricordare anche che la presente legge finanziaria, pur essendo come detto sopra una legge sostanziale e quindi idonea all'autorizzazione delle spese della Provincia, non può innovare nell'ordinamento giuridico preesistente, né creare nuove fattispecie di spesa o disciplinarne le modalità e procedure di attuazione. Essa può disporre soltanto rifinanziamenti di leggi vigenti, o perché scadute o perché insufficientemente finanziate.

Con l'art. 1 del disegno di legge si dispone appunto il rifinanziamento a carico dell'esercizio 1989 di tutte le leggi provinciali di spesa, che la Giunta provinciale ritiene di dover attivare nel nuovo anno per l'attuazione dei propri compiti statuari.

Con l'art. 2 vengono stabiliti gli stanziamenti nel bilancio 1989 per investimenti a carattere pluriennale, le cui spese sono già state autorizzate per il triennio 1988-1990 dalla legge finanziaria per l'anno 1988.

Gli articoli 3 e 4 recano norme già previste anche in precedenti leggi finanziarie, riguardanti rispettivamente la materia delle scuole materne e della finanza locale.

All'art. 5 è infine prevista la norma per la copertura degli oneri recati dalla presente legge, copertura che è data dalle entrate ordinarie di competenza della Provincia, iscritte nel bilancio per il prossimo esercizio.

Si raccomanda alle Signore e Signori Consiglieri l'approvazione dell'allegato disegno di legge.

Werte Damen und Herren Abgeordnete; mit diesem Gesetzentwurf werden die gesetzlichen Voraussetzungen zur Genehmigung der Ausgabenbereitstellung laut dem beigelegten Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 1989 geschaffen.

Wenn diese Maßnahme nicht genehmigt würde, wären 1.230, von den 2.147 im Haushaltsplan vorgesehenen Milliarden nicht gesetzmäßig, was einem Prozentsatz von ungefähr 57% entspricht.

Die restlichen 917 Milliarden, die im Haushaltsplan bereitgestellt werden, beruhen aus Landes- oder Staatsgesetzen, die nicht mit dem jährlichen Finanzgesetz zusammenhängen. Im besonderen beinhaltet das Finanzgesetz nicht die Ausgaben für den normalen Betrieb der Organe und der Ämter der Körperschaft, die Ausgaben bezüglich institutioneller Aufgaben, die Pflichtausgaben aufgrund vorher getätigter Zweckbindungen, die Rückstellungen auf den Sammelfonds für Gesetzgebungsmaßnahmen, die Ausgaben, die mit den Einnahmen mit enger Zweckbestimmung verbunden sind, sowie die Umlaufposten. Das Ausmaß der notwendigen Bereitstellungen für diese Ausgaben wird direkt auf den Kapiteln des Haushaltsvoranschlages festgelegt.

Die Vorlage des Finanzgesetzes - das ein wirkliches substantielles Gesetz ist - sowie des Haushaltsgesetzes - welches hingegen nur ein formelles Gesetz ist - und deren Genehmigungsdiskussion im Landtag erfolgen gleichzeitig. Nachdem das jährliche Einnahmen- und Ausgabenprogramm vom Haushaltsgesetz genauer dargelegt wird, in dem auch die Genehmigungen durch das Finanzgesetz enthalten sind, wird die Aufmerksamkeit mehr dem Haushaltsplan an sich

zugewandt.

Demzufolge wird zur Erläuterung der finanziellen Inhalte dieses Gesetzes betreffend die Ausgaben auf die umfangreichere Übersicht der Haushaltsentscheidungen verwiesen, welche im Begleitbericht zum Gesetzentwurf des Haushaltes 1989 aufgezeigt werden, auch wenn diese mehr in der Notwendigkeit begründet sind, die Kontinuität der Verwaltungstätigkeit im Zeitraum des Überganges von einer Legislaturperiode zur anderen zu gewährleisten, als in genauen politischen Entscheidungen.

Bevor die einzelnen Kapitel dieses Gesetzentwurfes überprüft werden, ist es notwendig daran zu erinnern, daß es mit gegenwärtigem Finanzgesetz, auch wenn es sich um ein grundlegendes Gesetz handelt, das für die Genehmigung der Ausgaben des Landes notwendig ist, nicht möglich ist, der bestehenden Gesetzesordnung neue Ausgaben hinzuzufügen oder Formalitäten und Vorgangsweise der Durchführung abzuändern. Mit diesem Gesetz sind nur Wiederfinanzierungen von bereits bestehenden Gesetzen möglich, die entweder verfallen sind oder unzureichend finanziert wurden.

Der Art. 1 des Gesetzentwurfes sieht die Wiederfinanzierung zu Lasten des Jahres 1989 aller Landesgesetze vor, die sich auf die Ausgaben beziehen und für welche der Landesausschuß beabsichtigt, sich im neuen Jahr für die Durchführung der eigenen statutarischen Aufgaben aktiv einzusetzen.

Mit dem Art. 2 werden die Bereitstellungen im Haushalt 1989 für mehrjährige Investitionen festgesetzt, deren Ausgaben für den Dreijahreszeitraum 1988-1990 bereits mit dem Finanzgesetz für das Jahr 1988 genehmigt wurden.

Die Artikel 3 und 4 beziehen sich auf die Bestimmungen, die bereits in den vorhergehenden Finanzgesetzen enthalten sind und den Bereich der Kindergärten und Lokalfinanzen betreffen.

Im Art. 5 ist schließlich die Bestimmung zur Deckung der aus diesem Gesetz herrührenden Ausgaben vorgesehen. Die Deckung ist durch die ordentlichen Kompetenzeinnahmen gegeben, welche im Haushalt des kommenden Jahres eingeschrieben werden.

Die werten Damen und Herren Abgeordneten werden gebeten den beiliegenden Gesetzentwurf zu genehmigen.

PRESIDENTE: Prego dare lettura della relazione accompagnatoria del disegno di legge n. 245/88.

BALZARINI (Assessore alle finanze e patrimonio - DC): Signore e Signori Consiglieri, anche quest'anno, come per il passato, trasmetto lo schema di bilancio di previsione per il prossimo esercizio, approvato dalla Giunta provinciale nella seduta del 19 settembre scorso, affinché possa essere approvato nel rispetto dei termini stabiliti dalla legge di contabilità, onde garantire la gestione finanziaria nell'anno 1989 senza interruzioni.

Questo documento tuttavia, a differenza degli anni precedenti, presenta caratteristiche particolari, in quanto, mentre si propone di assicurare la continuità dell'azione amministrativa fin dall'inizio del nuovo esercizio, senza le tipiche limitazioni dell'esercizio provvisorio, consente di

lasciare del tutto impregiudicata per la Giunta provinciale, che uscirà dalle prossime elezioni, l'impostazione del bilancio nella sua completezza in conformità al nuovo programma di legislatura.

Infatti, la dimensione del bilancio che viene presentato è riferita alle risorse fondate sull'ordinamento statutario vigente, ossia prevede le entrate secondo le disposizioni finanziarie dello Statuto tutt'ora in vigore, senza tener conto della legge di riforma in corso di approvazione presso il Senato della Repubblica.

L'approvazione di tale legge, prevista entro la fine del corrente anno, consentirà di adeguare le entrate del bilancio 1989 all'effettiva portata del nuovo assetto finanziario provinciale, con un'ulteriore entrata stimata prudenzialmente nell'ordine di almeno 400-450 miliardi.

Questa disponibilità costituisce una specie di riserva a disposizione della Giunta provinciale eletta nella X. Legislatura per la realizzazione degli obiettivi di politica economica della Provincia nel 1989.

Ricordo che per il 1988 il bilancio, per quanto riguarda la spesa, era recettivo delle nuove potenzialità finanziarie, vale a dire secondo l'assetto "post"-riforma a regime, e quindi era arrivato dopo l'assestamento a livelli intorno ai 2.500 miliardi. Poiché l'entrata doveva essere basata sulla legislazione vigente, ossia sulle norme finanziarie "ante"-riforma, per il pareggio fu necessario ipotizzare l'assunzione di mutui passivi per 675 miliardi, oltre ad utilizzare avanzi di precedenti esercizi per 110 miliardi.

Tale mutuo non verrà peraltro assunto, visto che la retroattività all'1.1.1988 delle norme relative al nuovo assetto consentiranno un recupero finanziario sufficiente al sostanziale pareggio di gestione.

Il bilancio che sottopongo all'approvazione del Consiglio Provinciale persegue quindi il prevalente scopo di consentire il funzionamento pieno dell'Ente, mettendolo in grado di far fronte a tutti gli impegni e pagamenti obbligatori e di gestire i principali servizi almeno nella misura consolidata per il passato.

Si tratta in definitiva di una terza ipotesi operativa per far fronte alla gestione finanziaria della Provincia dopo la scadenza del bilancio in corso, diversa dalle altre due soluzioni tradizionali, che consistono, come noto, o nell'autorizzazione all'esercizio provvisorio o nell'approvazione di un completo bilancio di previsione per il nuovo anno.

La soluzione proposta ha il pregio di non presentare gli inconvenienti delle due vie sopra ricordate. Infatti, a differenza dell'esercizio provvisorio, essa non comporta la limitazione temporale dei quattro mesi per gli impegni ed i pagamenti delle spese.

Ciò è molto importante soprattutto in considerazione della necessità che il rinnovo degli Organi statutarî e la definizione del programma di legislatura avvengano con la dovuta serenità e senza pressioni di tempo.

Viene inoltre evitato l'inconveniente di non potere effettuare pagamenti obbligatori nel 1989 soltanto perché nel bilancio 1988, al quale sarebbe riferito l'esercizio provvisorio, non esisteva l'apposito capitolo. D'altra parte, predisporre un bilancio normale per l'anno 1989, con pretesa

di attendibilità e completezza, comporta a sua volta un grosso inconveniente, sostanzialmente di natura politica, in quanto gli organi uscenti dovrebbero predisporre ed approvare un bilancio di previsione che condizionerebbe poi i nuovi amministratori nell'attuazione del nuovo programma di legislatura.

Premesso quanto sopra, illustro i criteri generali di impostazione di questo bilancio e successivamente, sia per le entrate che per le spese, le motivazioni delle principali componenti.

La previsione delle entrate per l'anno 1989 è conforme alle linee di impostazione del progetto del bilancio dello Stato per il prossimo esercizio, tenuto conto della vigente legislazione statale in materia finanziaria.

Per quanto riguarda le spese, la previsione è basata sui seguenti criteri:

- a) le spese obbligatorie per legge, per importo prestabilito o determinabile in base a parametri rigidi, sono previste per l'anno 1989 nella misura occorrente per l'intero esercizio;
- b) le spese per funzioni delegate e le spese finanziate con entrate a destinazione vincolata sono previste nella misura delle corrispondenti entrate per l'anno 1989;
- c) le spese correnti relative ai servizi generali dell'Ente sono previste nella stessa misura del bilancio 1988, comprese le variazioni apportate successivamente, maggiorate mediamente del 4% pari al tasso di inflazione programmato. Ciò al fine di garantire la continuità di funzionamento dei servizi stessi;
- d) le altre spese sono previste in misura pari al 60% della previsione definitiva per l'anno 1988 in modo da consentire un sia pur limitato volume di attività nei diversi settori, tenuto conto che i programmi di spesa in atto non possono essere abbandonati o rinviati completamente senza detrimento di legittime aspettative.

Le disponibilità finanziarie che rimangono dopo aver iscritto ai capitoli di spesa gli stanziamenti risultanti dall'applicazione dei criteri sopra esposti, sono accantonate sul fondo globale del bilancio 1989 per nuovi provvedimenti legislativi, a disposizione dei nuovi Organi statutari, che avranno quindi la possibilità di un assestamento delle previsioni del bilancio secondo le nuove intese politico-programmatiche intervenute.

Fatte queste premesse di carattere generale in ordine ai criteri adottati per la predisposizione del bilancio 1989, occorre illustrarne più da vicino i contenuti con riferimento, oltretutto al bilancio di previsione di competenza, anche alle previsioni di cassa e al bilancio pluriennale per gli anni 1989-1991.

Il bilancio annuale di competenza.

Pareggia con un volume complessivo di entrata e di spesa di lire 2.147 miliardi e 400 milioni.

Riassunte per titoli, le entrate e le spese per l'anno 1989, raffrontate con i corrispondenti valori del bilancio di previsione per l'esercizio 1988, risultano come segue:

ENTRATE	(in milioni)		
	1988	1989	Differenze
Fondi di esercizi precedenti	109.468,5	---	- 109.468,5
1 - Tributi propri e compartecipazioni a tributi erariali	1.160.285,5	1.489.705,0	+ 329.419,5
2 - Assegnazioni e contributi dello Stato o della Regione	564.451,5	515.861,0	- 48.590,5
3 - Rendite patrimoniali, utili di aziende, ecc.	44.189,0	46.104,0	+ 1.915,0
4 - Alienazione di beni, trasferimenti di capitali, ecc.	2.330,5	2.430,0	+ 99,5
5 - Mutui e prestiti	675.000,0	---	- 675.000,0
6 - Contabilità speciali	93.270,0	93.300,0	+ 30,0
Totale Entrate	<u>2.648.995,0</u>	<u>2.147.400,0</u>	<u>- 501.595,0</u>
SPESE			
1 - Spese correnti	1.352.193,2	1.216.970,9	- 135.222,3
2 - Spese in conto capitale	1.193.714,8	836.089,1	- 357.625,7
3 - Rimborso mutui e prestiti	9.817,0	1.040,0	- 8.777,0
4 - Contabilità speciali	93.270,0	93.300,0	+ 30,0
Totale Spese	<u>2.648.995,0</u>	<u>2.147.400,0</u>	<u>- 501.595,0</u>

Le entrate di competenza, rispetto alla previsione assestata di circa lire 2.650 miliardi del 1988, registrano una diminuzione di circa 500 miliardi.

Tale diminuzione è dovuta soprattutto alla mancata iscrizione nel bilancio di avanzi (109 miliardi) e di entrate per assunzione di mutui passivi (675 miliardi), per complessivi 784 miliardi.

Sono invece in aumento le entrate statutarie come segue:

- di lire 12,4 miliardi le quote fisse del gettito dei tributi da devolvere alla Provincia in misura di 9/10 e le somme sostitutive dei tributi soppressi;
- di lire 280 miliardi circa la quota variabile ai sensi dell'art. 78 dello Statuto, comprensiva delle spettanze sulle leggi statali di settore. Tale aumento dipende dal fatto che nel bilancio 1988 non si è tenuto conto degli assestamenti del bilancio statale, aventi riflessi sulla quota variabile della Provincia, visto che la trattativa relativa a detto anno non è stata ancora avviata, data l'imminente entrata in vigore del nuovo sistema finanziario con effetto retroattivo.

Le entrate sui restanti capitoli, comprese le partite di giro, sono

rimaste nel complesso pressoché invariate.

Nel bilancio trovano separato sviluppo i singoli capitoli di entrata.

Tenuto conto della particolare caratteristica di questo bilancio, non ha significato il raffronto dei singoli titoli di spesa con i corrispondenti valori dell'esercizio precedente. Nemmeno significativa può essere la conoscenza dell'incidenza percentuale delle spese correnti e di quelle d'investimento sul totale del bilancio. Infatti è noto che le previsioni di spesa sono informate a criteri prevalentemente pratici, che mirano esclusivamente a consentire la prosecuzione dell'attività amministrativa sulla base della situazione di diritto e di fatto vigente.

Nulla di programmatico scaturisce quindi da questo documento, avendo ritenuto doveroso riservare agli organi provinciali della prossima legislatura ogni decisione in merito alla destinazione delle risorse aggiuntive che deriveranno dalla riforma statutaria.

Bilancio di cassa.

Il bilancio di cassa, che comprende la previsione di riscossione e di pagamento, pareggia in entrata ed in uscita su un totale di 2.243 miliardi e 360 milioni.

Nella predisposizione del bilancio di cassa occorre tener conto di una serie di problemi che vanno dalla stima dei residui attivi e passivi alla fine del corrente esercizio, alla possibilità concreta di realizzazione delle riscossioni e dei pagamenti, sia riferiti ancora al corrente esercizio, sia all'esercizio di competenza 1989.

Il totale della previsione di entrata o di spesa di competenza, unito alla somma dei residui attivi o passivi, forma rispettivamente la massa teoricamente riscuotibile o spendibile massima per l'anno 1989, la quale sulla base dei calcoli effettuati viene evidenziata nei seguenti termini:

Massa riscuotibile:

Residui attivi presunti al 31.12.1988	1.195,6 miliardi
Entrate di competenza 1989	<u>2.147,4 miliardi</u>
	<u>3.343,0 miliardi</u>

Dei 3.343 miliardi teoricamente riscuotibili nel corso dell'esercizio 1989 si prevede di riscuotere 2.243 miliardi pari al 67%.

Massa spendibile:

Residui passivi presunti al 31.12.1988	1.150,6 miliardi
Spese di competenza 1989	<u>2.147,4 miliardi</u>
	<u>3.298,0 miliardi</u>

Del predetto ammontare si prevede di spendere effettivamente 2.243 miliardi, pari al 68%.

Dai movimenti finanziari sopra indicati deriva un disavanzo presunto di cassa all'inizio dell'esercizio 1989 di lire 45 miliardi, per cui è prevedibile il ricorso ad anticipazioni di cassa del Tesoriere provinciale an-

che nel prossimo anno, in attesa dei necessari chiarimenti in ordine ai tempi e alle procedure di erogazione alla Provincia delle spettanze da parte dello Stato. Tali chiarimenti dovranno come noto avvenire in sede di norme di attuazione dello Statuto nella materia finanziaria.

Il bilancio pluriennale 1989-1991.

Viene redatto in termini di sola competenza e non anche di cassa e le relative previsioni sono formulate, a sensi di legge, per raggruppamenti settoriali distinguendo le spese correnti da quelle in conto capitale. Sono altresì tenute distinte le spese già autorizzate dalla legge da quelle ancora da autorizzare, i cui stanziamenti sono perciò accantonati sui fondi globali.

Sebbene il bilancio pluriennale non comporti autorizzazioni di spesa, è però la fonte per il riscontro finanziario della copertura delle spese autorizzate dalla legge a carico degli esercizi futuri.

Poiché, analogamente al bilancio annuale, anche il bilancio pluriennale deve presentarsi in equilibrio di entrate e uscite, e perciò in pareggio finanziario, gli stanziamenti globali di spesa prevedibili per il biennio successivo sono in funzione delle previsioni globali di entrata per lo stesso triennio.

Anche per il bilancio triennale 1989-1991 in questa fase previsionale si assume l'ipotesi globale che caratterizza le previsioni di competenza per l'anno 1989. Viene infatti confermata la proiezione delle entrate nella misura base indicata per il 1989.

Per queste considerazioni appare evidente che il bilancio triennale risulta privo di ogni indicazione in ordine ad un qualsiasi disegno di programma diverso dalla salvaguardia delle spese obbligatorie o già autorizzate ed imprescindibili.

Si raccomanda alle Signore e ai Signori Consiglieri l'approvazione dell'allegato disegno di legge.

Werte Damen und Herren Abgeordnete, wie in den vorhergehenden, übermittle ich auch dieses Jahr eine Vorlage des vom Landesausschuß in der Sitzung vom vergangenen 19. September genehmigten Haushaltsvoranschlages für das kommende Haushaltsjahr, damit dieser innerhalb der vom Gesetz über das Rechnungswesen vorgesehenen Termine genehmigt werden kann, um somit die Finanzgebarung für 1989 ohne Unterbrechnungen zu garantieren.

Dieses Dokument weist gegenüber jenen der vergangenen Jahre besondere Eigenschaften auf, da es die Kontinuität der Verwaltungstätigkeit sofort ab Beginn des neuen Jahres, ohne die typischen Einschränkungen der vorläufigen Haushaltsgebarung gewährleisten will; es ermöglicht dem neuen Landesausschuß, welcher aus den nächsten Wahlen hervorgehen wird, den neuen Haushalt in seiner Gesamtheit und in Übereinstimmung mit dem Legislaturprogramm ungehindert zu verwirklichen.

In der Tat ist der Umfang des vorzulegenden Haushaltsplanes auf die Geldmittel bezogen, die auf die geltende statutarische Ordnung gründen, das heißt, daß die Einnahmen laut der geltenden Finanzbestimmungen des Statutes

vorgesehen werden, ohne Berücksichtigung des sich in der Registrierung beim Senat der Republik befindlichen Reformgesetzes.

Die innerhalb dieses Jahres vorgesehene Genehmigung dieses Gesetzes wird es ermöglichen, die Einnahmen des Haushaltes 1989 mit einer weiteren vorsichtig geschätzten Einnahme von mindestens 400-450 Milliarden dem effektiven Ausmaß der neuen Landesfinanzordnung anzupassen.

Diese Verfügbarkeit bildet eine für den in der X. Legislaturperiode gewählten Landesausschuß zur Verfügung stehende Art von Reserve zur Verwirklichung der politisch, wirtschaftlichen Ziele des Landes im Jahr 1989.

Ich erinnere, daß der Haushalt 1988, was die Einnahmen betrifft, die neuen finanziellen Zuwendungen - das wäre das jetzige Aufkommen nach der Reform - bereits enthielt und somit nach der Berichtigung ein Ausmaß von ungefähr 2.500 Milliarden erreichte. Nachdem die Einnahme auf die geltende Gesetzgebung, das heißt auf die Finanzbestimmungen der "Vor"-Reform gegründet sein mußte, war es um den Ausgleich zu erreichen notwendig, neben der Verwendung von Überschüssen von 110 Milliarden, die Aufnahme eines Darlehens von 675 Milliarden anzunehmen.

Dieses Darlehen wird allerdings nicht aufgenommen werden, da die Rückwirkung der Bestimmungen über die neue Ordnung zum 1.1.1988, eine ausreichende finanzielle Aufholung zum Gebarungsausgleich ermöglicht.

Der Haushalt, den ich dem Landtag zur Genehmigung unterbreite, verfolgt hauptsächlich das Ziel, den vollen Betrieb der Körperschaft zu ermöglichen, indem er allen Verpflichtungen und Pflichtausgaben, sowie den Haupttätigkeiten mindestens in dem Ausmaß nachkommen kann, wie es in der Vergangenheit erfolgt ist.

Im Grunde handelt es sich um eine dritte Lösungsmöglichkeit der Finanzgebarung des Landes nach Ablauf des laufenden Haushaltes. Die beiden anderen Lösungen bestehen bekanntlich in der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsgebarung oder in der Genehmigung eines vollständigen Haushaltsvoranschlages für das neue Jahr.

Die vorgeschlagene Lösung hat den Vorteil, daß sie die Nachteile der beiden anderen Lösungen nicht aufweist, weil sie im Gegensatz zum vorläufigen Haushalt keine zeitliche Beschränkung von vier Monaten der Ausgaben-zweckbindungen und -auszahlungen mit sich bringt.

Dies in Anbetracht der Notwendigkeit, daß der Erneuerung der statutarischen Organe und der Erstellung des Legislaturprogrammes mit der notwendigen Aufmerksamkeit und ohne Zeitdruck eine große Bedeutung beigemessen wird.

Außerdem wird vermieden, daß im Jahr 1989 Pflichtausgaben nicht getätigt werden können, nur weil das entsprechende Ausgabenkapitel im Haushalt 1988, auf welches sich der Haushalt bezieht, nicht vorhanden war. Andererseits bringt die Vorlegung eines normalen Haushaltes für das Jahr 1989 mit der Forderung nach Vollständigkeit und Zuverlässigkeit hauptsächlich aus politischer Sicht einen großen Nachteil mit sich, da die scheidenden Organe einen Haushaltsvoranschlag erstellen und genehmigen müßten, der danach die neuen Verwaltungsbeauftragten in der Durchführung des neuen Legislaturprogrammes bindet.

Dies vorausgeschickt, erläutere ich nun die allgemeinen Kriterien der Erstellung dieses Haushaltes und in der Folge die Begründungen der Hauptkomponenten der Einnahmen und Ausgaben.

Der Einnahmenvoranschlag für das Jahr 1989 entspricht den Grundsätzen der staatlichen Haushaltserstellung für das kommende Jahr, unter Berücksichtigung der geltenden Staatsgesetzgebung im Bereich des Finanzwesens.

Der Ausgabenvoranschlag ist auf folgende Kriterien gegründet:

- a) vom Gesetz festgelegte Pflichtausgaben, die bereits aufgrund starrer Berechnungsgrundlagen in ihrem Ausmaß festgelegt oder festlegbar sind, sind für das Jahr 1989 im für das gesamte Haushaltsjahr erforderlichen Ausmaß vorgesehen;
- b) Ausgaben für Übertragene Befugnisse und Ausgaben, die mit zweckbestimmten Einnahmen gedeckt werden, sind im Ausmaß der entsprechenden Einnahmen für das Jahr 1989 vorgesehen;
- c) die laufenden Ausgaben für die allgemeinen Landesdienste sind im selben Ausmaß wie im Haushalt 1988 vorgesehen, einschließlich der nachträglich vorgenommenen Änderungen, welche durchschnittliche um 4% gemäß der Inflationsrate angestiegen sind. Dies, um den kontinuierlichen Betrieb der Dienste zu ermöglichen;
- d) die übrigen Ausgaben sind im Ausmaß von 60% der endgültigen Veranschlagung für das Jahr 1988 vorgesehen, um eine beschränkte Tätigkeit in den verschiedenen Sektoren zu gewährleisten. Dies unter Berücksichtigung, daß die laufenden Ausgabenprogramme nicht gänzlich übergegangen oder verschoben werden dürfen und daß sie gerechtfertigte Erwartungen nicht verletzen.

Die finanziellen Verfügbarkeiten, die nach der Einschreibung der sich aus der Anwendung der oben erläuterten Kriterien ergebenden Bereitstellungen auf die Ausgabenkapitel verbleiben, werden auf dem Sammelfonds für neue Gesetzesmaßnahmen des Haushaltes 1989 rückgestellt. Dieser steht den neuen statutarischen Organen zur Verfügung, die somit die Möglichkeit haben, die Haushaltsveranschlagungen gemäß den neu eingetretenen politisch-programmatischen Vereinbarungen berichtigen.

Nach diesen Prämissen allgemeiner Natur über die Kriterien für die Erstellung des Haushaltsplanes 1989 ist es notwendig, die Inhalte näher zu erläutern, mit Bezug nicht nur auf die Kompetenzgebarung des Haushaltsvoranschlages, sondern auch auf die Kassenveranschlagungen und den mehrjährigen Haushalt für die Jahre 1989-1991.

Die jährliche Kompetenzhaushalt.

Er weist einen Einnahmen- und Ausgabenausgleich von 2.147 Milliarden und 400 Millionen auf.

Zusammengefaßt nach Einnahmen- und Ausgabentiteln ergibt sich gegenüber den entsprechenden Beträgen des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 1988 folgendes Bild:

EINNAHMEN	1988	1989	Differenzen
Fonds vorhergehender Jahre	109.468,5	---	- 109.468,5

1 - Landesabgaben und Zuweisungen staatlicher Abgaben und Beteiligungen	1.160.285,5	1.489.705,0	+ 329.419,5
2 - Zuweisungen und Beiträge des Staates und der Region	564.451,5	515.861,0	- 48.590,5
3 - Vermögenserträge, Erträge der Betriebe, usw.	44.189,0	46.104,0	+ 1.915,0
4 - Veräußerung von Vermögensgütern, Kapitalzuwendungen, usw.	2.330,5	2.430,0	+ 99,5
5 - Darlehen und Anleihen	675.000,0	---	- 675.000,0
6 - Sonderbuchführungen	93.270,0	93.300,0	+ 30,0
Summe der Einnahmen	<u>2.648.995,0</u>	<u>2.147.400,0</u>	<u>- 501.595,0</u>

AUSGABEN

1 - Laufende Ausgaben	1.352.193,2	1.216.970,9	- 135.222,3
2 - Investitionsausgaben	1.193.714,8	836.089,1	- 357.625,7
3 - Tilgung von Darlehen und Anleihen	9.817,0	1.040,0	- 8.777,0
4 - Sonderbuchführungen	93.270,0	93.300,0	+ 30,0
Summe der Ausgaben	<u>2.648.995,0</u>	<u>2.147.400,0</u>	<u>- 501.595,0</u>

Die Kompetenzeinnahmen weisen gegenüber der berichtigten Veranschlagung von ungefähr 2.650 Milliarden im Jahr 1988, eine Verminderung von ungefähr 500 Milliarden auf.

Diese Verminderung ist vor allem auf die fehlende Einschreibung der Überschüsse (109 Milliarden) und der Einnahmen durch die Aufnahme von Darlehen (675 Milliarden) in den Haushalt von insgesamt 784 Milliarden zurückzuführen.

In Erhöhung stehen folgende statutarische Einnahmen:

- um 12,4 Milliarden Lire die festen Anteile des im Ausmaß von 9/10 an die Provinz abzutretenden Steueraufkommens und auf Ersatzbeträgen für abgeschaffene Steuern;
- um 280 Milliarden Lire der veränderliche Anteil gemäß Art. 78 des Statutes, einschließlich der Zuweisungen aufgrund staatlicher Sektorengesetze. Diese Erhöhung geht auf die Tatsache zurück, daß die Berichtigungen des Staatshaushaltes, welche sich auf den veränderlichen Anteil der Provinz auswirken, im Haushalt 1988 nicht berücksichtigt wurden, da die diesbezügliche Verhandlung im selben Jahr noch nicht stattgefunden hat und weil das Inkrafttreten des neuen Finanzierungssystems mit rückwirkender Kraft noch bevorsteht.

Die Einnahmen auf den übrigen Kapiteln, einschließlich der Umlaufposten, sind im allgemeinen unverändert geblieben.

In Anbetracht der Besonderheit dieses Haushaltsplanes, hat die Gegen-

Überstellung der einzelnen Ausgabentitel mit jenen des Vorjahres keinen Sinn. Dasselbe gilt auch für den prozentuellen Anteil der laufenden Ausgaben und der Investitionsausgaben am Gesamtausmaß des Haushaltes. Es ist bekannt, daß die Ausgabenveranschlagungen hauptsächlich auf praktische Kriterien ausgerichtet sind, die ausschließlich die Fortsetzung der Verwaltungstätigkeit gemäß der gegebenen Rechtslage und der Tatbestände ermöglichen.

Dieser Haushalt enthält keine Programme, da die Entscheidung über die Bestimmung der zusätzlichen Mittel aus der Reform des Statutes den Landesorganen der nächsten Legislaturperiode vorbehalten ist.

Kassenhaushalt.

Der Kassenhaushalt, der die Einhebungs- und Zahlungsveranschlagungen enthält, weist einen Einnahmen- und Ausgabenausgleich von insgesamt 2.243 Milliarden und 360 Millionen auf.

Bei der Erstellung des Kassenhaushaltes muß eine Reihe von Problemen berücksichtigt werden, die von der Schätzung der Einnahme- und Ausgaberrückstände am Ende des laufenden Haushaltsjahres bis zur konkreten Verwirklichungsmöglichkeit der Einhebungen und der Zahlungen reichen, welche sich sowohl auf das laufende Jahr als auch auf den Kompetenzhaushalt 1989 beziehen.

Die Summe der Veranschlagungen der Kompetenzeinnahmen und -ausgaben bilden mit den Einnahmen- und Ausgabenrückständen den theoretisch einhebbareren, beziehungsweise den theoretisch ausgebbaren Betrag für das Jahr 1989, der aufgrund der durchgeführten Berechnungen wie folgt dargestellt wird:

Einhebbarer Betrag:

Voraussichtliche Einnahmerückstände am 31.12.1988	1.195,6 Milliarden
Kompetenzeinnahmen 1989	<u>2.147,4 Milliarden</u>
	<u>3.343,0 Milliarden</u>

Von den theoretisch einhebbareren 3.343 Milliarden im Laufe des Haushaltsjahres 1989, werden voraussichtlich 2.243 Milliarden, das sind 67%, eingehoben.

Ausgebarerer Betrag:

Voraussichtliche Ausgaberrückstände am 31.12.1988	1.150,6 Milliarden
Kompetenzausgaben 1989	<u>2.147,4 Milliarden</u>
	<u>3.298,0 Milliarden</u>

Vom vorgenannten Betrag werden voraussichtlich 2.243 Milliarden, das sind 68%, effektiv ausgegeben.

Von den obgenannten Finanzbewegungen ergibt sich am Anfang des Haushaltsjahres 1989 ein voraussichtlicher Kassenfehlbetrag von 45 Milliarden, dessen Deckung auch im kommenden Jahr mittels Kassenvorschüssen vom Landeschatzmeister vorgesehen ist. Dies, in Erwartung der notwendigen Klärungen über die Auszahlungszeiten und -abwicklung der Zuweisungen seitens des Staates an die Provinz. Diese Klärungen werden, wie bekannt, mit den Durchführungsbestimmungen des Statutes im Finanzbereich erfolgen.

Der mehrjährige Haushalt 1989-1991.

Dieser wird nur in der Kompetenz und nicht in der Kassa erstellt und die jeweiligen Veranschlagungen werden laut Gesetz in Sektoren, getrennt nach laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben gegliedert. Getrennt werden außerdem die bereits vom Gesetz genehmigten Ausgaben von jenen, die noch genehmigt werden müssen und deren Bereitsstellungen deshalb auf den Sammelfonds rückgestellt sind.

Obwohl der mehrjährige Haushalt keine Ausgabenermächtigung beinhaltet, ist er die Quelle für die Finanzierung der vom Gesetz genehmigten Ausgaben zu Lasten der kommenden Haushalte.

Da der mehrjährige Haushalt analog zum Jahreshaushalt einen Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben, den sogenannten Finanzausgleich, aufweisen muß, stehen die insgesamt für den folgenden Zweijahreszeitraum vorgesehen Ausgabenbereitstellungen in Funktion zu den insgesamt für den Dreijahreszeitraum vorgesehen Einnahmenveranschlagungen.

Auch für den Dreijahreshaushalt 1989-1991 wird in dieser Veranschlagungsphase von der allgemeinen Überlegung ausgegangen, welche die Kompetenzveranschlagung für das Jahr 1989 kennzeichnet. Die Einnahmen werden somit in ihren Grundwerten für das Jahr 1989 übernommen.

In Anbetracht dessen erscheint es offensichtlich, daß der Dreijahreshaushalt keinen Bezug auf irgendeinen Programmentwurf hat, der die Pflichtausgaben oder die bereits genehmigten und unaufschiebbaren Ausgaben nicht schützt.

Die werten Damen und Herren Abgeordneten werden gebeten, den beiliegenden Gesetzentwurf zu genehmigen.

PRESIDENTE: La parola al vicepresidente Peterlini per la lettura della relazione della terza Commissione legislativa.

PETERLINI (Vizepräsident - SVP): Die dritte Gesetzgebungskommission ist am 6.10.88 sowie am 12.10.88 zusammengetreten, um die randvermerkten Gesetzentwürfe zu behandeln.

An den Sitzungen nahmen auch der zuständige Landesrat Aldo Balzarini sowie Amtsdirektor Dr. Turra teil.

Nach Beginn der Sitzung und Verlesung der Begleitberichte eröffnete der Vorsitzende die Generaldebatte zu beiden Gesetzentwürfen.

Einleitend berichtete Landesrat Balzarini, daß der Landesausschuß heuer dem Landtag einen sogenannten technischen Haushalt zur Behandlung vorgelegt hat.

Der Abg. Meraner meinte in seiner Wortmeldung, daß die Landesregierung mit dem technischen Haushalt für das Jahr 1989 die richtige Wahl getroffen hat. Richtig war es auch die Geldmittel aus den neuen Finanzbestimmungen vorerst nicht anzurühren, ebenso die Aufnahme von Darlehen nicht vorzusehen. Die eigentlichen Entscheidungen wird wohl der neue Landtag bzw. die neue Landesregierung zu treffen haben.

Der Abg. Montali äußerte in seiner Stellungnahme Bedenken gegen die

Erstellung des technischen Haushaltes, zumal damit die Bildung der neuen Landesverwaltung hinausgezögert wird. Er kündigte bereits einen Minderheitenbericht gegen die randvermerkten Gesetzentwürfe an.

Der Vorsitzende der Kommission verwies auf die Problemlage, in der sich Körperschaften befinden, die hinsichtlich ihrer Verwaltungs- und Personalkosten völlig vom Land abhängig sind; genannten Körperschaften würde nämlich nur die Deckung der Kosten bis zu 60% garantiert.

Der Abg. Tribus meinte in seiner Stellungnahme, daß der vorliegende Haushalt nur für die Überbrückung einer kurzen Periode zum Legislaturwechsel dienen sollte; in Wirklichkeit werden aber 60% der Geldmittel des alten Haushaltes nicht nur für die ordentliche Verwaltung flüssig gemacht. Er bedauerte auch, daß bei der Behandlung der randvermerkten Gesetzentwürfe nicht die Landesräte in der Kommission gehört wurden. Ferner erklärte er, daß nach seiner Meinung ein provisorischer Haushalt angebracht erscheinen würde als ein technischer. Zudem müßte bei der provisorischen Haushaltsgebarung die neue Landesregierung schneller gebildet werden. An den Vorsitzenden der Kommission sich wendend, forderte der Abg. Tribus, daß die Landesräte eine Einladung zur Teilnahme an der Sitzung dieser Kommission erhalten sollten. Abschließend erklärte der Abg. Tribus, daß er diesem Haushaltsvoranschlag nicht zustimmen wird und kündigte gleichzeitig einen Minderheitenbericht seiner Fraktion an.

Die Abg. Franzelin wies in Ihrer Stellungnahme einleitend darauf hin, daß im Reservefond nur 30 Milliarden bereit stehen, weshalb sie den Landesrat fragte, ob die Aufnahme von Darlehen erforderlich ist. Im Übrigen meinte sie, daß einige Ausgabeposten im Haushalt oberflächlich dotiert sind bzw. schwach ausgestattet sind. Außerdem verlangte sie eine klare Definition der Begriffe "laufende Ausgaben" einerseits und "Investitionsausgaben" andererseits, in dem sie auf die Unklarheiten, die im Zusammenhang mit Beitragsleistungen aus dem sogenannten "Pendlergesetz" entstehen. Abschließend erklärte sie, daß ein provisorischer Haushalt den Handlungsspielraum noch mehr einschränken würde als der vom Landesausschuß vorgelegte technische Haushalt, zumal sich ein provisorischer Haushalt auf die gegenständliche Vorlage der Landesregierung beziehen müßte.

Auch der Abg. Zingerle meinte, daß man mit dem vorliegenden technischen Haushalt besser wirtschaften kann und erklärte sich mit demselben einverstanden.

Landesrat Balzarini erläuterte in seiner Replik, daß der Landesregierung drei Lösungsmöglichkeiten bei der Erstellung der Haushaltes für 1989 zur Verfügung standen: der "normale" Haushaltsvoranschlag, wie er jedes Jahr erstellt wird, ein provisorischer Haushalt, bei dem aber weniger Geldmittel bereitgestellt werden können und schließlich ein sogenannter technischer Haushaltsvoranschlag, der auch beim letzten Legislaturwechsel erstellt wurde.

Mit der ersten Lösungsmöglichkeit würde man der Spielraum der neuen Landesregierung zu sehr beeinflussen, während bei einer provisorischen Haushaltsgebarung die neue Landesregierung der Haushaltsvoranschlag für das Jahr

1989 bereits innerhalb April 1989 erstellt und verabschiedet müßte; letzteres betrachtete er als unmöglich. Daher hat man den dritten Weg der technischen Haushaltsgebarung gewählt. Was die vom Land abhängigen Körperschaften betrifft, meinte Landesrat Balzarini, daß diese zwar einen gesamten Haushaltsvoranschlag vorlegen sollten, jedoch nur die Abdeckung der Ausgaben bis zu 60% erhalten können. Dies ist unumgänglich, zumal sich auch diese Körperschaften an die allgemeinen Richtlinien der Haushaltsgebarung zu halten haben.

Nach Abschluß der Generaldebatte genehmigte die Kommission für den Gesetzentwurf Nr. 245/88 stimmenmehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung den Übergang zur Sachdebatte.

Bei der Behandlung von Art. 1 meldete sich der Abg. Tribus zu Wort und forderte abermals eine von den einzelnen Assessoraten erstellte Liste über die jeweiligen detaillierten Ausgaben, welche die genannten zu tätigen gedenken. Dazu meinte der Vorsitzende der Kommission, daß es zwar nützlich wäre, wenn die Landesregierung die genannten Unterlagen vorlegen würde; im Übrigen gibt aber der Haushaltsvoranschlag selbst genügend Auskunft. Schließlich wurde Art. 1 stimmenmehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung von der Kommission genehmigt.

Daraufhin kündigte der Abg. Meraner an, ebenfalls einen kurzen Minderheitenbericht vorlegen zu wollen.

Bei der Behandlung von Art. 2, meldete sich die Abg. Franzelin zu Wort und meinte, daß bsw. im Bereich Wohnbau zu Jahresbeginn immer mehr Gelder ausgezahlt werden müßten; Sie ersuchte daher den Landesrat für eine rasche Auszahlung des Geldes Sorge zu tragen. Landesrat Balzarini erwiderte dazu, daß eventuell bestimmte Abänderungen zu Art. 2 dem Landtag zur Behandlung vorgelegt würden; an die Abg. Franzelin sich wendend, meinte er, daß heute die Auszahlungen ziemlich schnell erfolgen.

Daraufhin ergriff der Vorsitzende der Kommission das Wort mit der Feststellung daß aufgrund des vorliegenden Haushaltsvoranschlages grundsätzlich 60% der Ausgaben des Jahres 1988 für 1989 geplant sind. Tatsächlich würden allerdings verschiedene Kapitel von diesem Prinzip abweichen, denen die Landesregierung 100% zugedacht hat. Es erscheint daher verständlich, daß einige Kommissionsmitglieder verschiedene Anregungen vorgebracht haben, auch einige andere Kapitel, die von größter Bedeutung erscheinen, mit einer größeren finanziellen Ausstattung zu dotieren. Falls der anwesende Landesrat für Finanzen zusichern wird, die Wünsche der Gesetzgebungskommission der Landesregierung vorzulegen und in Form von Abänderungsanträgen zu berücksichtigen, wird die Kommission auf die Behandlung von Abänderungsanträgen verzichten; genannte Anträge müßten aber bei der Behandlung der gegenständlichen Gesetzentwürfe im Plenum behandelt werden. Abschließend ersuchte der Vorsitzende um eine größere finanzielle Ausstattung der für den Tierschutz bzw. für den Bau des Tierheimes vorgesehenen Geldmittel.

Landesrat Balzarini gab seine Zusicherung, die Wünsche der Gesetzgebungskommission möglichst berücksichtigen zu wollen und kündigte Abänderungsanträge zu den randvermerkten Gesetzentwürfen an, die dem Plenum zur

Behandlung vorgelegt werden.

Die Artikel 2 und 3 wurden jeweils stimmenmehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung von der Kommission genehmigt, während Art. 4 stimmenmehrheitlich bei einer Enthaltung verabschiedet werden konnte. Ebenso der nachfolgende Art. 5.

Die Kommission genehmigte daraufhin stimmenmehrheitlich bei einer Gegenstimme die Art. 6 und 7, während Art. 8 stimmenmehrheitlich bei 2 Enthaltungen genehmigt werden konnte.

Schließlich verabschiedete die Kommission bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung Art. 9.

Daraufhin ließ der Präsident über den Übergang zur Sachdebatte des Gesetzentwurfes Nr. 244/88 abstimmen, welcher stimmenmehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung genehmigt wurde.

Die Artikel 1, 2, 3, 4, 5 und 6 wurden jeweils stimmenmehrheitlich bei einer Gegenstimme genehmigt.

Im Rahmen der Stimmabgabeerklärungen bestätigten die anwesenden Kommissionsmitgliedern bereits die in der Generaldebatte abgegebenen Erklärungen. Abschließend genehmigte die Kommission den Gesetzentwurf Nr. 244/88 in seiner Gesamtheit und den Gesetzentwurf Nr. 245/88 in seiner Gesamtheit jeweils stimmenmehrheitlich bei einer Gegenstimme.

La terza Commissione legislativa si è riunita il 6.10.88 nonché il 12.10.88 per trattare i succitati disegni di legge.

Alle sedute hanno preso parte altresì l'assessore competente Aldo Balzarini nonché il direttore d'Ufficio dott. Turra.

Lette le relazioni accompagnatorie il Presidente ha aperto la discussione generale sui due disegni di legge.

Nel suo intervento l'assessore Balzarini ha dichiarato che quest'anno la Giunta provinciale ha presentato al Consiglio provinciale un cosiddetto Bilancio tecnico.

Nel suo intervento il cons. Meraner è stato dell'avviso che era una decisione giusta presentare il Bilancio tecnico per l'anno 1989. Altrettanto giusto è stato il fatto di non avere attinto ai mezzi finanziari che saranno disponibili solo con le nuove disposizioni finanziarie, e di non avere previsto l'accensione di mutui. Le decisioni vere e proprie dovranno venire assunte dal nuovo Consiglio provinciale risp. dalla nuova Giunta provinciale.

Il cons. Montali nella sua presa di posizione ha avanzato le sue riserve circa la predisposizione di un Bilancio tecnico, considerato che in questo modo la formazione della nuova Giunta provinciale si tirerà per le lunghe. Egli ha già annunciato di presentare una relazione di minoranza ai succitati disegni di legge.

Il Presidente della Commissione ha fatto presente la situazione problematica nella quale si trovano gli enti, che per le spese di amministrazione e di personale dipendono completamente dalla Provincia; a detti enti verrebbe infatti garantita solamente la copertura delle spese fino al 60%.

Nella sua presa di posizione il cons. Tribus ha dichiarato che il Bi

lancio all'esame dovrebbe essere uno strumento provvisorio in attesa della nuova legislatura; in realtà però il 60% dei mezzi finanziari del precedente Bilancio non viene erogato soltanto per l'amministrazione ordinaria. Egli ha altresì deplorato il fatto che in sede di esame dei succitati disegni di legge nella Commissione non sono stati sentiti gli assessori. Egli ha dichiarato inoltre che a suo avviso sarebbe stato più opportuno predisporre un Bilancio provvisorio piuttosto che un Bilancio tecnico. Inoltre con una gestione di Bilancio provvisorio la nuova Giunta provinciale dovrebbe venire formata con maggiore tempestività. Rivolgendosi al Presidente della Commissione il cons. Tribus ha chiesto che gli assessori vengano invitati a prendere parte alla seduta di questa Commissione. Il cons. Tribus ha dichiarato infine che voterà contro questo Bilancio di previsione annunciando nel contempo una relazione di minoranza del suo gruppo.

Nella sua presa di posizione la cons. Franzelin ha fatto presente che il fondo di riserva è dotato di soli 30 miliardi per cui ha chiesto all'Assessore se sarà necessario accendere dei mutui. Del resto essa è dell'avviso che alcune voci di spesa presentano una dotazione troppo scarsa. La sig.ra Franzelin ha inoltre chiesto che vengano più chiaramente definiti i concetti di "spese correnti" e "spese d'investimento", facendo notare qualche incertezza sorta riguardo ai contributi erogati ai sensi della cosiddetta "legge sui pendolari". Concludendo essa ha dichiarato che un Bilancio provvisorio comporterebbe una restrizione maggiore del margine di azione rispetto al Bilancio tecnico presentato dalla Giunta provinciale, tanto più che un Bilancio provvisorio dovrebbe riferirsi alla bozza presentata dalla Giunta provinciale.

Anche il cons. Zingerle, sostenendo che la gestione finanziaria si presenta più agevole con il Bilancio tecnico in esame, si dichiara d'accordo sull'adozione di quest'ultimo.

Replicando, l'assessore Balzarini ha spiegato come la Giunta provinciale aveva la scelta fra tre ipotesi per la predisposizione del Bilancio 1989: il Bilancio di previsione "normale", come quello che viene elaborato ogni anno, un Bilancio provvisorio con una dotazione finanziaria inferiore ed infine un cosiddetto Bilancio di previsione tecnico, predisposto anche al termine della legislatura precedente.

Adottando la prima soluzione prospettata si finirebbe per incidere troppo sul margine di azione della nuova Giunta provinciale, mentre una gestione di bilancio provvisoria costringerebbe il futuro esecutivo ad elaborare e ad approvare il Bilancio definitivo per il 1989 entro il mese di aprile 1989, cosa a suo avviso impossibile a realizzarsi. Ecco perché è stata scelta la terza possibilità, cioè quella della gestione finanziaria tecnica. Quanto agli enti subordinati alla Provincia, l'assessore Balzarini ritiene opportuno che essi presentino comunque un Bilancio di previsione completo, precisando che le assegnazioni finanziarie copriranno tuttavia solo una quota massima pari al 60% delle spese. Ciò si rende inevitabile tanto più che anche questi enti sono tenuti a rispettare le direttive generali sulla gestione del Bilancio.

Conclusa la discussione generale, la Commissione ha approvato a maggioranza con 1 voto contrario ed 1 astensione il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge n. 245/88.

All'art. 1 il cons. Tribus ha preso la parola chiedendo nuovamente un elenco predisposto dai singoli Assessorati che evidenzi dettagliatamente i relativi programmi di spesa. Il Presidente di Commissione ha osservato come effettivamente sarebbe utile che la Giunta provinciale presentasse detta documentazione, ma il Bilancio di previsione stesso fornirebbe comunque sufficienti informazioni. Infine l'art. 1 è stato approvato a maggioranza con 1 voto contrario ed 1 astensione.

Il cons. Meraner ha quindi annunciato anch'egli una breve relazione di minoranza.

Nella discussione sull'art. 2 è intervenuta la cons. Franzelin per osservare che nel settore dell'edilizia abitativa le spese più consistenti si devono affrontare all'inizio dell'anno, per cui essa ha chiesto all'Assessore di voler provvedere alla rapida liquidazione dei relativi mezzi finanziari. In merito l'assessore Balzarini ha risposto che sull'art. 2 verranno eventualmente presentati in Consiglio provinciale determinati emendamenti; rivolgendosi alla sig.ra Franzelin egli ha osservato che oggi come oggi la liquidazione è abbastanza sollecita.

Ha preso quindi la parola il presidente della Commissione, per constatare che in linea di principio, con il presente Bilancio le spese per il 1989 sono preventivate nella misura del 60% delle spese effettuate nel 1988. Di fatto vi si riscontrano invece diversi capitoli dotati, in deroga a tale principio, del 100%. Appare quindi comprensibile che alcuni commissari abbiano suggerito di dotare di più consistenti mezzi finanziari anche altri capitoli considerati di enorme importanza. Qualora l'Assessore alle finanze presente in Commissione fosse disposto a sottoporre alla Giunta provinciale le proposte della Commissione legislativa, tenendone conto con adeguati emendamenti, la commissione avrebbe rinunciato alla trattazione di emendamenti in merito, a condizione che gli stessi vengano discussi in sede di seduta plenaria. Concludendo, il Presidente ha chiesto una maggiore dotazione finanziaria dei capitoli relativi alla protezione degli animali e alla realizzazione dell'asilo per gli animali.

L'assessore Balzarini ha assicurato di voler tener conto nei limiti del possibile di quanto auspicato dalla Commissione legislativa, annunciando la presentazione di emendamenti ai disegni di legge in esame, che verranno presentati in Consiglio provinciale.

Gli articoli 2 e 3 sono stati approvati a maggioranza con 1 voto contrario ed 1 astensione, gli articoli 4 e 5 con 1 astensione.

La Commissione ha quindi approvato a maggioranza con 1 voto contrario gli articoli 6 e 7, mentre l'art. 8 è stato approvato con 2 astensioni.

Infine è stato approvato con 1 voto contrario ed 1 astensione l'art. 9.

Il Presidente ha fatto votare il passaggio alla discussione articolata al disegno di legge n. 244/88, che è stato approvato a maggioranza con 1 vo-

to contrario ed 1 astensione.

Gli articoli 1, 2, 3, 4, 5 e 6 sono stati approvati con 1 voto contrario.

In sede di dichiarazioni di voto, i commissari presenti hanno ribadito le posizioni già illustrate in discussione generale. Concludendo, la Commissione ha approvato i disegni di legge n. 244/88 e n. 245/88 a maggioranza con 1 voto contrario.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Tribus per la lettura della relazione di minoranza.

TRIBUS (AS): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident, die Fraktion fürs Andere Südtirol hat in dieser ablaufenden Legislaturperiode den Haushaltsdiskussionen immer größte Aufmerksamkeit gewidmet und deshalb zu diesem wohl wichtigsten Gesetz eines jeden Jahres auch immer einen Minderheitenbericht eingebracht, in dem wir versuchten, unsere Vorschläge für eine soziale, humane, ökologische und dem Zusammenleben zwischen den Sprachgruppen dienliche Politik in unserem Lande einzubringen. In all diesen Jahren wurde uns immer wieder versichert, es handle sich um Übergangshaushalte, weil bis zur Verabschiedung des entsprechenden Staatsgesetzes, das die finanziellen Beziehungen zwischen dem Staat und dem Land Südtirol regeln sollte, unser Haushalt notgedrungen ein provisorischer sei, weil er auf dieser juristischen Unsicherheit aufbaue. So waren unsere Haushalte einmal provisorisch, einmal technisch, also nie politisch, aber immer reine Fotokopien des vorhergehenden, trotz der jahrelangen Beteuerungen und Versprechen, den Haushalt nach neuen Kriterien zu gestalten.

Das war aber nie die Sorge der politischen Mehrheit, zu segensreich und vor allem politisch einträglich hat sich die jährliche Verteilung des römischen Geldregens nach dem Gießkannenprinzip erwiesen, daß wohl auch in Zukunft kaum an eine Entrümpelung des Haushaltes gedacht werden wird, denn welcher Landesrat wird schon auf "seine" Milliarden verzichten wollen, und welcher Landesrat wird schon seiner Lobby erklären wollen, daß die in der Zwischenzeit normal gewordene Bezuschussung für alles und jeden abgebrochen werden muß, weil neue Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt werden müssen? Aber damit werden sich die Abgeordneten des neuen Landtages zu beschäftigen haben.

Zum Abschied hat uns die Landesregierung nun einen Haushalt vorgelegt, der als Übergangshaushalt bezeichnet wird, weil er eigentlich nur die Aufgabe hat, die Finanzgebarung für 1989 ohne Unterbrechungen zu garantieren und den kontinuierlichen Betrieb der Dienste zu ermöglichen. Ein Haushalt also, zu dem es keine politischen Erklärungen des Landeshauptmannes geben wird, der nur Einnahmen nach den geltenden Bestimmungen des Statuts vorsieht, weil ja das Reformgesetz noch immer nicht verabschiedet worden ist und der uns deshalb auch die Scheinverschuldung von 675 Milliarden erspart.

Die Landesregierung hatte drei Möglichkeiten der Finanzgebarung nach Ablauf des laufenden Haushaltes:

1. die Vorlage eines vollständigen Haushaltes;
2. die provisorische Führung des Haushaltes;
3. eine Bestätigung des laufenden Haushaltes im Ausmaß von 60%.

Die erste Lösung mußte natürlich a priori ausgeschlossen werden, weil auch die politischen Mehrheitsparteien soviel politisches Schamgefühl haben, nicht den zukünftigen Mitgliedern der Landesregierung ein Jahr Kreativität und Verteilereifer zu verplanen, auch wenn sich schlußendlich dann im neuen Haushalt kaum etwas ändern wird.

Die provisorische Haushaltagebarung wäre zweifelsohne der korrekteste Weg gewesen, weil er auf der einen Seite alle Pflichtausgaben für einen Zeitraum von höchstens vier Monaten ermöglicht und gleichzeitig zur Kenntnis nimmt, daß eine Legislaturperiode abgeschlossen wird und somit der neuen Regierung, der neuen Koalition die Möglichkeit gibt, einen Haushalt zu erstellen, der tatsächlich dem neuen Programm der Koalition entspricht. Die Mehrheitsparteien, die die Regionalregierung bilden, heben sich zum Beispiel für diesen Weg entschlossen, diesen vertreten und gerechtfertigt, und in diesem Sinne ist auch das entsprechende Gesetz im Regionalrat verabschiedet worden.

Die Südtiroler Landesregierung hat sich hingegen für die dritte Lösung ausgesprochen und damit durchblicken lassen, daß die neue Landesregierung in allem die Kontinuität der alten sein wird. Sie hat uns mit dieser Entscheidung auch mitgeteilt, daß vier Monate nicht ausreichen werden, die neue Landesregierung zu bilden, und daß damit erst im Mai zu rechnen ist. Bis dahin soll aber weiterregiert werden, "um gerechtfertigte Erwartungen nicht zu verletzen" wie sich der zuständige Landesrat Balzarini ausdrückt. 60% der für das Jahr 1988 vorgesehenen Ausgaben sollen von der alten Landesregierung noch ausgegeben werden dürfen, natürlich ohne jede Kontrolle durch den Landtag. Der scheidende Landeshauptmann, der aber bis zur Bildung einer neuen Regierung geschäftsführender Landeshauptmann bleiben wird, aber auch die geschäftsführenden Landesräte, von denen einige bestimmt nicht mehr der neuen Landesregierung angehören werden, haben also bis Mai 1989 die Möglichkeit, ohne jede demokratische Kontrolle weiterzuregieren und können damit jede eventuelle neue Weichenstellung zumindest beeinträchtigen.

Als Vertreter der politischen Minderheit in diesem Hause sind wir mit dieser Lösung nicht einverstanden und schlagen deshalb dem Landtag vor, die in dieser Situation sauberste Lösung zu wählen, die auch die Regionalregierung gewählt hat, nämlich die provisorische Haushaltsgebarung. Damit würde keine Möglichkeit für die neue Regierung verbaut und gleichzeitig würde auch für die neuen Koalitionspartner ein Termin gesetzt, innerhalb welchem sie ihre Verhandlungen abgeschlossen haben müssen.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß einige Kapitel des Haushaltes von vorne herein eine 100%ige Finanzierung aufweisen, andere, vor allem sozial relevante Kapitel nicht. Aber dazu erwarten wir uns Antworten im Laufe der Haushaltsdebatte.

Gentili colleghi, egregi colleghi, signor Presidente, il gruppo consiliare per l'altro Sudtirolo ha, in questa legislatura che ormai si avvia al

la fine, sempre dedicato la massima attenzione alle discussioni sul Bilancio, presentando quindi a questa legge certamente più importante dell'anno ogni volta una relazione di minoranza con la quale abbiamo cercato di sottoporre le nostre proposte per una politica sociale, umana ed ecologica che favorisca la convivenza fra i gruppi linguistici nella nostra provincia. In tutti questi anni ci è stato ripetutamente assicurato che si sarebbe trattato di bilanci transitori, in quanto fino all'approvazione della relativa legge statale che dovrebbe regolamentare i rapporti finanziari tra lo Stato e la Provincia di Bolzano, il nostro Bilancio sarebbe stato giocoforza un Bilancio provvisorio basandosi su questa incertezza giuridica. Così i nostri bilanci sono stati ora provvisori ora tecnici, dunque mai politici, ma sempre pure fotocopie di quello precedente nonostante le annose assicurazioni e promesse di voler strutturare il Bilancio secondo criteri nuovi.

La maggioranza politica non si è però mai impegnata a realizzare questo obiettivo, troppo benefica e soprattutto politicamente vantaggioso si è dimostrata l'annuale distribuzione con il solito sistema ad annaffiatoio della pioggia di denaro proveniente da Roma, cosicché probabilmente neanche in futuro verrà presa in considerazione uno sgombramento del Bilancio: quale assessore rinuncerà ai "suoi" miliardi, e quale assessore vorrà spiegare alla propria lobby che le sovvenzioni per tutto e tutti - divenute ormai un'abitudine - devono essere troncate dovendo creare nuove priorità e nuove precedenze? Spetterà tuttavia ai consiglieri del nuovo Consiglio provinciale occuparsi di questo problema.

La Giunta provinciale si congeda ora con la presentazione di un Bilancio definito transitorio, in quanto deve in fondo unicamente garantire un'interrotta gestione finanziaria per il 1989 e rendere possibile il funzionamento dei servizi. Un Bilancio quindi, sul quale non ci saranno alcune dichiarazioni politiche del Presidente della Giunta provinciale, che prevede solo entrate secondo le norme vigenti dello Statuto, dato che la legge di riforma non è stata ancora approvata, e che ci risparmia dunque anche l'indebitamento fittizio di 675 miliardi.

La Giunta provinciale aveva tre possibilità per la gestione del nuovo Bilancio:

- 1) la presentazione di un Bilancio completo;
- 2) la gestione provvisoria del Bilancio;
- 3) un riporto del Bilancio corrente nella misura del 60%.

La prima soluzione ha dovuto naturalmente venire esclusa a priori, avendo anche i partiti politici di maggioranza tanto pudore politico da non mettere a repentaglio un anno di creatività e di smania di spartizione per i futuri membri della Giunta provinciale, anche se poi alla fin fine ben poco cambierà nel nuovo Bilancio.

La gestione provvisoria di Bilancio sarebbe stata senza alcun dubbio la via più corretta, perché da una parte essa rende possibile tutte le spese obbligatorie per un periodo massimo di quattro mesi e nel contempo prende atto del fatto che una legislatura viene conclusa dando così la possibilità alla nuova Giunta, alla nuova coalizione di formare un Bilancio che rispec-

chi effettivamente il nuovo programma della coalizione. I partiti di maggioranza che formano la Giunta regionale hanno per esempio optato per questa via; hanno sostenuto e giustificato questa via e in questo senso è stata anche approvata la rispettiva legge in Consiglio regionale.

La Giunta provinciale di Bolzano invece ha optato per la terza soluzione e pertanto ha lasciato intendere che la nuova Giunta ricalcherà in tutto e per tutto quella precedente. Con questa decisione essa ci ha altresì fatto capire che quattro mesi non saranno sufficienti per formare la nuova Giunta provinciale e che pertanto si dovrà attendere fino a maggio. Fino a quella data però essa continuerà a governare "per non deludere aspettative giustificate", come ha detto l'assessore competente Balzarini. Il 60% delle spese previste per il 1988 potrà essere ancora gestite dalla vecchia Giunta provinciale, naturalmente senza che venga effettuato alcun controllo da parte del Consiglio provinciale. Il Presidente della Giunta provinciale uscente, che tuttavia porterà avanti i lavori di ordinaria amministrazione fino alla formazione di una nuova Giunta, ma anche gli attuali assessori, dei quali alcuni sicuramente non faranno più parte della nuova Giunta provinciale, fino al mese di maggio 1989 avranno quindi modo di governare senza dovere sottostare ad alcun controllo democratico. In questo modo potranno almeno condizionare ogni eventuale cambiamento degli orientamenti.

Quali rappresentanti della minoranza politica in questo Consiglio non siamo d'accordo con questa soluzione e pertanto proponiamo al Consiglio provinciale di volere scegliere in questa situazione la soluzione più pulita che è stata scelta anche dalla Giunta regionale e cioè una gestione provvisoria di Bilancio. In questo modo alla nuova Giunta non verrebbe preclusa nessuna possibilità e al contempo verrebbe stabilito un termine anche per i nuovi partners di coalizione entro il quale essi dovranno avere terminato le loro trattative.

Concludendo, va fatto ancora presente che da alcuni capitoli del Bilancio risulta già a priori un finanziamento del 100%, non invece da altri, soprattutto da quelli rilevanti per il settore sociale. Ma al riguardo ci aspettiamo delle risposte in sede di discussione sul Bilancio.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Montali per la lettura della relazione di minoranza.

MONTALI (MSI-DN): La "terza ipotesi operativa" che la Giunta provinciale presenta al Consiglio per fare fronte alla gestione finanziaria della Provincia, dopo la scadenza del Bilancio in corso, non può incontrare assenso perché sorvola i canoni tradizionali, perché elude "l'autorizzazione all'esercizio provvisorio" (come in analoga situazione hanno adottato il Consiglio regionale e il Consiglio provinciale di Trento) e perché, eludendo anche e soprattutto l'approvazione di un "completo Bilancio di previsione per il nuovo anno" impedisce il possibile intervento del Consiglio sulle dichiarazioni politiche di fondo che il Presidente della Giunta provinciale sarebbe stato tenuto a fare (come ha sempre fatto) sul documento politico di

gran lunga il più importante nella vita (annuale o quinquennale) del Consiglio.

La coincidenza di questo fatto, che si intende sottolineare nella sua importanza (ma anche nella sua gravità), con l'uscita di scena del Presidente Magnago come conduttore della Giunta per il prossimo quinquennio, non può giustificare la presentazione sottobanco di un documento contabile che prevede (ed è comprensibile) il mantenimento per il 1989 delle "Spese obbligatorie per legge" dell'88; delle spese per "Funzioni delegate e finanziate"; delle "Spese correnti relative ai servizi generali" maggiorate mediamente del 4% pari al tasso di inflazione.

La considerazione centrale è però quella riferita alle "Altre spese", previste in misura pari al 60% alla previsione definitiva dell'anno 1988. La scelta di questa percentuale avalla tutte le impostazioni politico finanziarie del precedente Bilancio riservandosi un 40% di margine nelle variazioni che potranno essere preferite dalla Giunta scaturita dalle elezioni del 20 novembre. Ebbene, ci si faccia una relazione politica su questa anticipazione di impegno che praticamente denuncia la volontà di rinnovare, mettendole in frigorifero, le cose già fatte e di togliere spazio (anche politico e decisionale) all'organismo preposto alla guida della Provincia per i prossimi cinque anni.

Der von der Landesregierung dem Landtag unterbreiteten "dritten Lösungsmöglichkeit" der Finanzgebarung des Landes nach Ablauf des laufenden Haushaltes kann aus folgenden Gründen nicht zugestimmt werden: von den traditionellen Vorgangsweisen wird abgegangen, indem die "Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsgebarung" umgangen wird (im Gegensatz zum Regionalrat und zum Landtag der Provinz Trient in der gleichen Situation); durch die Tatsache, daß überdies und vor allem die Genehmigung eines vollständigen Haushaltes für das neue Jahre umgangen wird, verhindert man, daß der Landtag sich mit den politischen Grundsatzklärungen befassen kann, die der Landeshauptmann zu diesem weitaus wichtigsten politischen Dokument in der (ein- bzw. fünfjährigen) Tätigkeit des Landtages hätte abgeben müssen (was er auch immer getan hat).

Daß diese ebenso wichtige wie schwerwiegende Tatsache mit dem Abtritt des Landeshauptmannes Magnago als Leiter der Landesregierung für die nächsten fünf Jahre zusammenfällt, kann nicht rechtfertigen, daß unter dem Tisch ein Haushalt vorgelegt wird, der (und dies ist verständlich) für das Jahr 1989 an den vom Gesetz festgelegten Pflichtausgaben von 1988 festhält; weiters an den Ausgaben für "Übertragene Befugnisse" sowie an den "laufenden Ausgaben für die allgemeinen Landesdienste", welche durchschnittlich um 4% gemäß der Inflationsrate angestiegen sind.

Die Hauptüberlegung betrifft jedoch die "übrigen Ausgaben" im Ausmaß von 60% der endgültigen Veranschlagung für das Jahr 1988. Die Wahl dieses Prozentsatzes bestätigt die gesamte politisch-finanzielle Ausrichtung des vorhergehenden Haushaltes, wobei ein Spielraum von 40% für jene Änderungen eingeräumt wird, die die aus den Wahlen vom 20. November hervorgegangene

Landesregierung gegebenenfalls vorzunehmen wünscht. Nun gut, wir verlangen eine politische Stellungnahme über die vorweg eingegangenen Verpflichtungen, woraus man ersehen kann, daß Vergangenes festgeschrieben und jenem Gremium an (auch politischem und entscheidungsmäßigem) Spielraum genommen werden soll, das für die nächsten fünf Jahre mit der Leitung unseres Landes betraut sein wird.

Die These, daß der "vorläufige Haushalt" die Finanzgebarung auf vier Monate und somit auf einen zu kurzen Zeitraum beschränken würde, untermauert und festigt unsere These. Die Komprimierung dieses Zeit- und Spielraumes könnte die Parteienvertreter, die sich zur Bildung der neuen Mehrheit und somit der neuen Landesregierung berufen fühlen, veranlassen, die (bereits früher als unverständlich lang befundene) Zeitspanne zu verkürzen, bis unser Land eine Regierung erhält.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? Consigliere D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, colleghe e colleghi. Debbo convenire che é per rispetto non dico solo reciproco, ma per rispetto verso i cittadini della nostra provincia, che mi sento impegnato ad un breve intervento sulle leggi di bilancio. Dico verso i cittadini della nostra provincia perché siamo sempre più convinti che i destinatari delle nostre scelte siano loro, almeno si presume che siano loro. I loro bisogni di ordine sociale, i loro bisogni di ordine di attività produttiva economica se pur in un contesto sempre più alto e non sempre direttamente determinato dalle scelte che noi andiamo compiendo. Però anche se vi può sembrare un po' ripetitivo rispetto i tradizionali interventi che noi siamo usi fare, non vorrei che si verificasse che la Provincia autonoma ha davvero un grande ruolo nel nostro comparto economico e sociale. Non é la Provincia autonoma di Bolzano, per alcuni aspetti anche quella di Trento, ha dei motivi di lamentele, ma non é nelle condizioni di lamentarsi come, ad esempio, le altre regioni a Statuto ordinario, dove secondo i dati recenti hanno tra il 92-93% del loro bilancio, una predeterminazione dunque pochissimi, modestissimi margini di discrezionalità nell'uso delle risorse, che sono poche, delle scelte politiche-amministrative che vanno compiendo. Noi godiamo dell'autonomia, che sappiamo, godiamo della possibilità di compiere determinate scelte, determinati interventi con una certa discrezione che sa cogliere, o almeno diciamo noi, dovrebbe cogliere, l'intreccio tra le più profonde prerogative dell'autonomia a difesa dell'identità e dei valori dei vari gruppi linguistici, con il vivere quotidiano rappresentato dai bisogni delle genti e dalla soddisfazione di questi bisogni. Se facciamo questo, anche se l'aria di smobilitazione dovrebbe forse suggerire di farla breve, io credo e sarebbe anche giusto, pertinente, in fase di bilancio di previsione del 1989 di conclusione di una legislatura quale l'attuale poter fare, se pure lapidariamente, qualche tratto di bilancio consuntivo entro il quale inserire,

collocare una prospettiva rappresentato da questo.

La prima considerazione che debbo rilevare, non sono il solo a farlo, é questa: il primo bilancio per mia modesta esperienza é il primo bilancio di previsione che é spoglio di una relazione di ordine politico. Debbo dire che da questo punto di vista essendoci anche uno stacco, ci sará uno stacco personale per chi ha sempre sostenuto questo ruolo di Presidente della Giunta provinciale e altri per gli anni a venire, la cosa, mi si permetta, da un certo punto di vista duole doppiamente. Avrei desiderato sapere in questa sede non mancheranno altre occasioni o circostanze sapere o raccogliere un giudizio politico da parte di chi maggiormente ha avuto responsabilitá politica di un'impostazione nella politica del Governo provinciale, ovviamente il Presidente della Giunta provinciale.

Il secondo bilancio di ordine sempre politico é quello che andava dato e qui le eventuali novitá e correzioni sullo stato dell'autonomia, di cui tanto si é detto in questi ultimi tempi. Quasi conclusa, c' é la facciamo, non c' é la facciamo, manca poco, manca tanto, si fa entro l'anno, non si fa entro l'anno. La veritá é che la nostra Provincia autonoma ha ancora delle convulsioni, il quadro politico-istituzionale della nostra provincia ha ancora delle convulsioni di cui probabilmente qualche segno sará lasciato dalle elezioni che ci saranno fra giusto 12 giorni. Che cosa é mancato? Che cosa é venuto meno? Che cosa ha impedito una piú tempestiva definizione e corretta del nostro quadro autonomistico? Anche questo sarebbe stato opportuno poterlo dire, poterlo giudicare, poter accompagnare la discussione su queste impostazione politiche-amministrative con un giudizio del quadro complessivo. Del quadro complessivo non ci sono solo le tensioni nostre, le cose piú laceranti rappresentate dagli attentati dinamitardi sempre piú isolati certamente ma sempre piú pericolosi. Pericolosi perché alla fine o pressoché alla fine di un processo autonomistico, quando il quadro é sufficientemente netto e delineato nella impostazione definitiva della vicenda autonomistica. Lacerante anche perché nell'ambito di un processo europeo potevamo, ma possiamo ancora dare un qualche punto di riferimento su come le popolazioni di lingua diversa trovano un comune denominatore pacifico per la vita di ogni giorno, e una prospettiva sempre piú democratica. Questo soprattutto perché gli scenari che ci stanno di fronte inducono a pensare che sempre di piú vanno isolate e battute quelle forze che invece interferiscono intorbidendo questa prospettiva, ma anche per dare uno stacco rispetto altre realtá dove pure questioni di minoranze di nazionalitá, di lingua, di storia e di culture diverse vengono non affrontate o affrontate male. Dico questo sotto ogni latitudine. Per cui ancora una volta si poteva fare un'espressione di distinzione in senso positivo. Dunque un bilancio che non me la sento di dire vuoto, o completamente negativo, anche se i segnali sono di questa pericolositá e di questa preoccupazione, ma credo tutto sommato viste anche certe seppure parziali, ma non mi nascondo significative correzioni, segnali che inducono a qualche correzione. Questa qualche correzione con

L'opportunità di queste correzioni, questa esigenza si è maturata all'interno dello stesso gruppo dirigente della SVP, induce a pensare che forse si leggerà con qualche occhio diverso l'intera nostra vicenda. Aggiungo io con qualche oltranzismo e settarismo di meno dando finalmente ascolto a tutte quelle voci le quali radicate, convinte nel terreno autonomistico danno da tempo segnali per modifiche, correzioni, profonde sul modo di governare questa nostra autonomia. Se così fosse credo che si possa contribuire a spianare il terreno da quelle ultime vicende, che politicamente ma anche formalmente debbono essere definite per il completo assetto autonomistico. Parlo delle leggi o delle norme di attuazione mancanti, parlo di questo rasch finale rappresentato dal completamento della vicenda, vuoi sul piano interno, vuoi sul piano internazionale, di cui sappiamo non sono mancati i segnali in questo senso, sgomberare dunque il terreno laddove esistono incomprensioni, difficoltà e ostacoli quando non inciampi e rischi di arretramento anche nei rapporti internazionali tra Italia e Austria e dare appunto questa prospettiva più severa non solo alle nostre genti ma a tutto questo quadro politico-istituzionale.

È una fase nuova che si apre, in questa vera nuova fase speriamo vengano meno, e facciamo affidamento non solo alle forze politiche, democratiche, autonomistiche, ma soprattutto all'opinione pubblica, in questo nuovo quadro, scenario speriamo che si collochino diversamente i nuovi provvedimenti, tra cui quelli finanziari e amministrativi. Perché non ci facciamo illusioni, ma egualmente da subito voglio mettere qualche picchetto di riferimento, non è che anche definita la parte normativa questa non sia bisognosa di correzioni, di modifiche, e di integrazioni. Alla luce delle tendenze più nuove, più moderne, ma anche più dinamiche della società, quando dico società non intendo solo dire quella locale ma mi riferisco anche a quella più in generale, di ordine internazionale, e come molto probabilmente assetti e previsioni degli anni 60-70 sono suscettibili di quelle correzioni e di quei adeguamenti che anche la stessa carta costituzionale nostra qualche volta richiede. Per cui nel mettere mano su questi terreni non vorrei che altri cadessero in questi ripetuti atteggiamenti di chiusura, di oltranzismo, di schematismo, vedendo davvero come qualcosa di intoccabile un impianto che invece va considerato suscettibile di tutti quei miglioramenti necessari e che comunque tali devono essere senza pregiudicare questioni essenziali, principi fondamentali in ordine alla tutela delle minoranze. Se questi sono i confini, chiamiamoli tali, le cornici politiche entro le quali questo ragionamento va collocato, vorrei chiedere come l'uso delle risorse viene corrispondentemente utilizzato, esercitato. Io insisto su pochi elementi di fondo, Signor Presidente. E questi sono che sempre di meno probabilmente l'uso delle risorse dell'autonomia provinciale deve essere fatto per, mi si permetta il termine, accontentare tutti e tutto, soprattutto se c'è un tornaconto di ordine politico-clientelare. Credo giunga il momento, lo era già prima, ma ancor di più oggi e domani, sia giunto e giungerà sempre di più il momento di selezionare i capitoli di spesa. La priorità se-

condo noi va posta verso quei settori di intervento tendenti a mantenere all'altezza i bisogni, le capacità economico-produttive della nostra terra. Il livello dello scontro e del confronto, scontro non in senso negativo, ma sarà nei fatti, sul piano economico sarà sempre più severo e se è vero che molto dipenderà dalle scelte che i Governi andranno compiendo sul piano nazionale, è anche vero che la nostra collocazione geografica avvicina di molto questo tipo di competizione, e come le risorse, le competenze dell'autonomia consentano dei margini di manovra, appunto di autonomia nel competere a questi livelli. La seconda questione, è ben inteso vale per tutti i comparti economici, non occorre fare una particolare elencazione.

La seconda questione di selezione è che nei confronti della spesa cosiddetta sociale finalmente si intervenga laddove gli strati sociali più bisognosi reclamano interventi. Anche qui non mi permetto una lunga lista della spesa, sia essa sul piano della casa, sia essa sul piano della sanità o di "un'assistenza tout court" verso gli strati meno fortunati della nostra società.

La terza questione che si salda con l'aspetto economico e l'aspetto sociale è quella di metter mano alle cosiddette qualità della vita di cui determinante è l'assetto delle infrastrutture, siano esse le vie di comunicazione, siano i servizi messi a disposizione. Servizi e infrastrutture che sempre di più concorrono e sul versante economico e sul versante della vita quotidiana dal punto di vista sociale.

La quarta questione è quella di considerare le peculiarità del nostro territorio in un quadro sempre più compromesso della risorsa natura che dobbiamo lamentare in parte la nostra provincia anche se non mi sento assolutamente di considerare la nostra provincia alla stregua di altri territori così gravemente compromessi. Però è un dato che anche noi non possiamo chiamarci fuori, che anche noi non siamo un'isola incontaminata, che siamo un territorio il quale che nel bene e nel male risente e delle proprie scelte e delle scelte altrui. Per cui tutte le ricadute negative su questo versante le scontiamo. L'uso del territorio, l'uso delle risorse al territorio è una questione che va salvaguardata sempre di più e questo lo si deve fare con degli interventi che sono sia finanziari e naturalmente legislativo-amministrativo.

La quinta questione che desidero come vedete per accorpamento e schema di ragionamento, me la cavo molto rapidamente, è quella di fare in modo che tutte le nostre popolazioni siano sempre più consapevoli dei valori e del portato dell'autonomia. Non dico facendo azione didattica, scolastica, sopperendo ad altre istituzioni, ci mancherebbe altro, ma dando dei segnali politici, compiendo scelte, assumendo dei comportamenti, fare in modo che i cittadini sempre più si riconoscono su questo valore, su questo portato ed in ultima istanza sulle potenzialità che l'autonomia ha al suo interno. Autonomia se anche qualcuno avesse continuamente questo orecchio tappato, verso le questioni delle minoranze e non volesse sentire ragione, che comunque significa quello che ho definito e

ribadisco un terreno più ravvicinato per le soluzioni dei problemi che più hanno a cuore, il portato democratico é anche questo. Un patrimonio rappresentato da un momento di alto decentramento di uno Stato che in questi ultimi tempi deve lamentare semmai tendenze inverse. Finché c'è la abbiamo questa potestà, usiamola a livello più alto, dando appunto la consapevolezza ai cittadini che anche questo patrimonio non é scritto nella pietra per omnia secula seculorum, ma va ogni giorno conquistato, riconquistato, aggiornato. Per cui dare questa consapevolezza é un fatto di irrobustimento democratico e di partecipazione democratica, sempre più diretta da parte dei cittadini, i quali poi troveranno i loro filoni, i loro modi di organizzarsi per concorrere in questi risultati. Intanto bisogna sapere che c'è questo strumento e questa possibilità, naturalmente per dire questo mi rivolgo di più alle giovani generazioni, che hanno una prospettiva davanti più ampia di altri.

Ecco quali sono le rapide considerazioni di ordine politico-generale che io desideravo fare, nel merito, non me ne voglia l'assessore Balzarini, e gli altri assessori e il Presidente della Giunta, ma da quelle cose lette, capite, intuite, non continuiamo ad assistere ad una sorta di ciclostile, nel senso che al di là della correttezza formale del bilancio, perché sono leggi e devono rispondere delle caratteristiche, noi vediamo sempre un'impronta ripetuta, poiché le correzioni più importanti che abbiamo colto, sostenuto e richiesto per anni, che con ritardo siamo riusciti a vedere finalmente concretizzati sono correzioni di ordine politico, ma non di grandi spostamenti di risorse verso determinati settori dove noi riteniamo interventi prioritari, più bisognosi si debbano compiere. Ci sono stati positivi segnali politici sull'uso diverso, un riferimento diverso dalla proporzionale nella pubblica amministrazione provinciale, per un uso diverso della proporzionale per quanto concerne l'assegnazione degli alloggi popolari, speriamo si concretizzi per una più diversa e utile utilizzazione della proporzionale nei concorsi pubblici dello Stato, per quanto riguarda un modesto segnale in direzione della diffusione del bilinguismo con un apprendimento più anticipato, però per quanto concerne il settore di intervento della provincia, per quanto riferito ai vari comparti economici, produttivi, o dei servizi o di ordine sociale, l'uso di queste risorse, con l'ancoraggio a quell'impostazione che prima mi sono permesso di ricordarvi, non ho notato nulla di tutto questo, per cui i vuoti rimangono e le nostre critiche, le nostre prese di distanza altrettanto. Per cui ripeto senza svilire minimamente chi ha operato, ed opera in questo senso, noi poniamo l'accento sulle impostazioni politiche ben inteso e non sul modo di come si é approdati a questi risultati e non voglio dunque svilire chi si é prestato, chi si presta quotidianamente in questa direzione io dico che ancora non ci siamo nel dare colpi di barra a seconda di quelle che sono le vere esigenze, le priorità che mi sono permesso di porre alla vostra attenzione. Poche altre considerazioni signori consiglieri e signore consiglieri.

Ho detto degli aspetti economici, degli aspetti sociali, politici

generali, ma nell'uso dell'autonomia oltre a queste correttezze politiche, c'è un'altra parte che a volte ci sfugge. Ed è l'uso dei servizi della parte amministrativa della nostra Provincia verso ben inteso i cittadini nel momento in cui esercitiamo determinate competenze. Io voglio ancora per memoria ricordare come la provincia autonoma è il più grande datore di lavoro di tutta la nostra terra. I problemi dei servizi della pubblica amministrazione sono e saranno sempre di più all'ordine del giorno, non vorrei che qualcuno riscoprisse sempre e solo quando c'è qualche legge personale, o quando magari sul piano nazionale parlando di deficit dello Stato si scopre che il deficit dello Stato è dato anche dalle cosiddette spese correnti e nelle spese correnti una delle partite più consistenti è rappresentata da salari e oneri previdenziali e assistenziali per i dipendenti. Dico il servizio che mettiamo in atto, l'organizzazione amministrativa per come è stata concepita e fatta funzionare sia quella più rispondente. Se c'è da un punto di vista organizzativo, non va considerato a nostra volta un momento di decentramento e di articolazione sempre più per favorire i cittadini, i richiedenti di determinati servizi. Questo vale per la pubblica amministrazione tout court della provincia, ma vale come dato politico in generale, verso altri servizi dipendenti della provincia, organizzazione sanitaria. Non ripeto il discorso fatto in occasione del piano sanitario e la considerazione che all'interno di questo meccanismo, di queste strutture, c'è il ruolo delle amministrazioni comunali. Ho apprezzato uno scambio di battute, che il Presidente Magnago ha ritenuto di fare con me all'indomani del varo della legge, che dà determinate competenze, quelle che dà ai comuni, licenze, pubblici esercizi. Ho apprezzato il giudizio del Presidente della Giunta quando dice: "Lei in fin dei conti è stato l'unico ha porre in risalto questo giusto elemento del decentramento verso le amministrazioni comunali". Sono grato di questo, però Presidente Magnago ritengo che le amministrazioni comunali non possono concorrere in questo settore, essendo parte integrante non solo il comune del nostro territorio, ma di questa struttura autonomistica del nostro paese che è basato su regioni, province autonome, comuni. E' in questo modo che ancora una volta noi riusciamo a creare quel reticolo non di complicazione, ma di facilitazione per il cittadino nell'approccio verso la pubblica amministrazione e la più sollecita risposta ai problemi che richiede di porre. In questo senso dico che dobbiamo esprimere una coerenza nel rivendicare il decentramento verso la provincia autonoma da parte dello Stato, nel combattere tendenze all'accentramento. Non dobbiamo lamentarci solo noi, ma anche le altre autonomie, non dobbiamo essere in contraddizione nel dire che vogliamo questo decentramento, ma lo neghiamo a nostra volta nei confronti delle amministrazioni. Io sollecito un impulso maggiore in questa direzione.

Come vedete la fase di smobilitazione non è che vede una partecipazione notevole, non credo che molti colleghi tra l'altro intervorranno nella discussione, ma non ci possiamo esonerare dal dire alcune cose. Il problema che dicevo prima del decentramento della partecipazione democra

tica dei cittadini, significa anche concorso nella discussione, nel dibattito, nelle scelte e ognuno poi alla fine faccia le somme che ritiene. A nessuno si chiede di abdicare ad essere quello che é, né tanto meno alla minoranza di sovverchiare la maggioranza e alla maggioranza di rinunciare ad essere quello che é. Dico che in questo contesto, in questa concezione corretta di uso democratico dell'autonomia ci sono ruoli di organizzazioni, di forze politiche, sociali, culturali che non debbono essere soffocate come é stato fatto fino adesso. Parlo delle organizzazioni sindacali, delle forze politiche, del dibattito politico, che si deve dimostrare d'essere più ampio. Parlo dei fermenti culturali di cui non si deve certamente sempre e solo fare carta assorbente, perché bisogna selezionare, fare delle scelte politiche. Debbo dire che all'interno della nostra Provincia sarebbe di giovamento per tutti quanti un momento di più ricca partecipazione e di più ricco confronto in questo senso. Dunque non un'autonomia statica, ma dinamica, che non si fermi dentro se stessa, ma che sappia confrontarsi con i dati più generali del nostro paese, del nostro continente. Con questo ragionamento, egregi colleghi, egreghe colleghe, noi non abbiamo solamente ripuntualizzato un nostro modo di intendere e di vivere l'autonomia in provincia di Bolzano, ma se mi permettete di fare una volta tanto un riferimento personale, vorrei cogliere questa ultima occasione di intervento, per esprimere un commiato e un ringraziamento a tutti i colleghi. Dieci anni di accompagnamento nella vita politica, auspicando ben inteso, che proprio perché la vita continua non mancheranno altre occasioni e altre sedi di incontro e di confronto politico, nel senso più ampio e più nobile del termine.

TRIBUS (AS): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht sehr viel dem anzufügen, was wir bereits im Minderheitenbericht zu diesem Haushalt ausgedrückt haben. Aber vielleicht hatte der Kollege D'Ambrosio recht, wenn er jetzt einen Redebeitrag geliefert hat, der so tut, als wäre dieser Haushalt ein normaler Haushalt. Das, glaube ich, war korrekt und richtig, weil allem Schein zum Trotz, und wir werden das jetzt im Laufe dieser Diskussion sehen, dieser Haushalt ist alles eher als ein technischer Haushalt, sondern ist ein äußerst politischer Haushalt. Mit einem Vorteil für die Regierung. Der Vorteil der Regierung besteht darin, daß dies der Haushalt ist, der nicht rechenschaftspflichtig ist. Für diesen Haushalt ist im wesentlichen niemand verantwortlich und man hat das bereits in der Kommission gemerkt, für die Verabschiedung war einzig und allein der zuständige Landesrat Balzarini zuständig und die einzelnen Landesräte haben sich zu diesem Haushalt überhaupt nicht geäußert und haben zu diesem Haushalt überhaupt nichts geliefert, weil natürlich jeder Landesrat von sich behaupten kann, damit hört die Verantwortung nach diesen Wahlen auf und danach möchte niemand die zukünftigen Entscheidungen und Zielsetzungen der neuen Landesräte präjudizieren. Aber wir wissen, daß inzwischen 60% der Gelder des Jahres 1988 von den amtierenden Landesräten ausgegeben werden können. Das ist eine Form der Haus-

haltsgebarung die vorgesehen ist, das ist eigentlich die praktischste für die Regierung und deshalb wurde diese auch gewählt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Schlußsatz meines Minderheitenberichtes verweisen, wo ich folgendes sage: "Abschließend sei darauf hingewiesen, daß einige Kapitel des Haushaltes von vorneherein eine 100%ige Finanzierung aufweisen, andere, vor allem sozial relevante Kapitel, nicht." Aber dazu erwarten wir uns Antworten im Laufe der Haushaltsdebatte. Und ich spreche deshalb, weil ich tatsächlich darauf Wert lege, daß mir entweder der zuständige Landesrat oder aber die hier anwesenden oder nicht anwesenden Landesräte dann mitteilen, wieso bestimmte Kapitel eine 100%ige Verfügbarkeit aufweisen und andere nicht. Das, glaube ich, haben wir das Recht zu erfahren, weil bereits in der Kommission das Problem sich gestellt hat, daß einige Kommissäre Antragsteller waren, weil im Grunde auch da jeder sein Kapitel 100%ig haben wollte. Ich zitiere aus dem Bericht, den der Präsident der Kommission, Oskar Peterlini, verfaßt hat und dem er offensichtlich eine so große Bedeutung beimißt, daß er ihn unterstrichen hat in seinem Bericht. Er schreibt: "Darauf ergriff der Vorsitzende der Kommission das Wort, mit der Feststellung, daß aufgrund des vorliegenden Haushaltsvoranschlages grundsätzlich 60% der Ausgaben geplant sind. Tatsächlich würden allerdings verschiedene Kapitel von diesem Prinzip abweichen, denen die Landesregierung 100% zugedacht hat. Es erscheint daher verständlich, daß einige Kommissionsmitglieder verschiedene Anregungen vorgebracht haben, auch einige andere Kapitel, die von größerer Bedeutung sind, mit einer größeren finanziellen Ausstattung zu dotieren. Falls der anwesende Landesrat für Finanzen zusichern wird, die Wünsche der Gesetzgebungskommission der Landesregierung vorzulegen und in Form von Abänderungsanträgen zu berücksichtigen, wird die Kommission auf die Behandlung von Abänderungsanträgen verzichten." Genannte Anträge müßten auch bei der Behandlung usw. im Plenum vorgelegt werden. Und nachdem hier Abgeordneter Peterlini spricht, hat er gleich eingebracht, daß er eine 100%ige Verfügbarkeit für den Bau des Tierschutzheimes haben will. Deshalb, glaube ich, Herr Landesrat Balzarini, wenn Sie heute die Interessen der ganzen Regierung wahrnehmen müssen, würden wir Sie ersuchen, in Ihrer Replik uns zu informieren, welche Kapitel eine 100%ige Finanzierung aufweisen und danach möchte ich auch von den Landesräten erfahren, wieso. Denn ich glaube, daß, auch wenn die Legislatur zu Ende geht, trotzdem irgendwer verantwortlich sein muß für diesen Haushalt. Irgendwer gibt die Gelder ja aus. Und nachdem ja anzunehmen ist, daß dieses Provisorium sich für einige Monate erstrecken wird, nachdem ja ein Grund, um eine provisorische Haushaltsgebarung abzulehnen, der war, daß vier Monate zu kurz sind, was eben darauf hindeuten läßt, daß die Bildung der neuen Landesregierung offensichtlich länger als vier Monate dauern wird, d.h. daß bis Mai die alte Regierung regieren wird. Deshalb glaube ich, muß die alte Regierung uns sagen, was sie vorhat, bis Mai zu tun. Das ist die Pflicht, die die Regierung jedes Jahr eingeht, wenn der Haushalt verabschiedet ist. Wir sehen es nicht ein, daß sich die Regierung mit dem Ali-

bi der Wahlen jetzt dieser Pflicht entledigt und einen Haushalt verabschiedet, mit dem sie dann praktisch tun und lassen kann, was sie will.

Deshalb erwarten wir uns, Herr Landesrat, in Ihrer Replik entsprechende Aufklärung. Danke!

KLOTZ (SHB): Ganz kurz, Herr Präsident! Man könnte, wenn man diese Berichte liest und die Tatsache analysiert, wie dieser Haushalt zustande gekommen ist, und weshalb man sich dafür entschieden hat, einen solchen Haushalt, technischen oder Teilhaushalt, vorzunehmen, könnte man meinen, als wisse die heutige Landesregierung so ziemlich genau, daß die nächste Landesregierung gleich oder fast gleich wieder zusammengesetzt sein wird. Wenn die Landesregierung davon ausgeht und ihr die Wahlen am 20. November recht geben, dann hat sie selbstverständlich in kluger Voraussicht und ganz Rechtens gehandelt. Also dann muß man sie wahrscheinlich im nachhinein wirklich beglückwünschen, zu soviel Realitätssinn und prophetischer Gabe und Fähigkeit. Nun aber können wir das in der Tat nicht wissen und man muß doch von einer anderen Realität ausgehen, nämlich, daß die Legislatur für diese Regierung eben mit dem 12. oder 13. Dezember auslaufen wird. Das ist das einzige sichere Faktum. Man müßte also von vorneherein die Absicht haben, die zukünftige neue Landesregierung, gleichgültig wie sie zusammengesetzt sein wird, in keiner Weise zu binden oder die Programme in keiner Weise zu präjudizieren. Eine Tatsache, die mit diesem Haushalt, der ja 60%, und nicht etwa 30 oder 40%, der Haushaltsmittel im Grunde genommen bereits verpflichtet. Es wird dann sicherlich eine Haushaltsberichtigung geben und eine echte Haushaltsdebatte, denn das hier kann keine richtige Haushaltsdebatte sein. Aber meines Erachtens wäre das wirklich der korrekteste Weg gewesen, einen provisorischen Haushalt zu erstellen.

Wenn man die Koalitionsverhandlungen der letzten Legislaturen betrachtet, so kann man schon davon ausgehen, daß innerhalb April die neue Regierung jeweils zustande gekommen ist, daß innerhalb April, eigentlich möchte man meinen, die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen sein müßten. Immerhin handelt es sich um volle 5 Monate, und das ist eine lange Zeit.

Ich kann also nicht finden, daß es unbedingt notwendig ist, bereits 60% des Haushaltes für das kommende Jahr zu binden und auch die Programme zu verpflichten, wie sie die jetztige Regierung, die ja ab 13. oder 14. Dezember wesentliche Änderungen erfahren wird - das wissen wir zumindest von dreien der bisherigen Mitglieder -, daß man nichts präjudizieren hätte sollen. Aber es ist ja durchaus möglich, daß die Regierung recht hat, daß sich an der Zusammensetzung kaum etwas ändert, außer daß die drei scheidenden Landesräte ersetzt werden durch drei Landesräte aus der gleichen Fraktion, aus der gleichen Partei. Aber, ich glaube, auch das wäre Kurzsichtigkeit, jetzt schon davon auszugehen, daß diese drei neuen Landesräte genau dieselbe Politik weitertragen möchten wie die jetzt scheidenden. Ich kann also dieses Vorgehen erstens als nicht ganz korrekt betrachten und zweitens kann ich mich nicht damit einverstanden erklären,

in dieser Weise zu präjudizieren, auch wie gesagt, wenn möglicherweise sich wirklich nichts ändert. Das wäre aber meines Erachtens ein Armutszeugnis. Ich werde mich in diesem Falle der Stimme enthalten.

MERANER (FPS): Der Herr Landesrat hat es in der Kommission und wohl auch hier schon dargelegt, daß die Landesregierung im Grunde genommen drei Möglichkeiten gehabt hätte. Erstens, einen provisorischen Haushalt zu erstellen, wobei dann praktisch für eine gewisse Zeit, nämlich bis April, die Landesregierung über die entsprechenden Anteile auf den entsprechenden Kapiteln hätte verfügen können. Die Landesregierung hätte aber auch die Möglichkeit gehabt, einen wirklichen administrativen und politischen Haushalt zu präsentieren. Sie hat einen dritten Weg gewählt, einen Zwischenweg, nämlich gewissermaßen einen technischen, verwaltungsmäßigen Haushalt zu erstellen. Und was dieses System vom rein Verwalterischen her betrifft, kann ich der Landesregierung nicht ganz Unrecht geben. Im Gegenteil, ich glaube, daß dies von diesen drei Möglichkeiten eigentlich vom Prinzip her die beste war, denn mit dem provisorischen Haushalt hätte man davon ausgehen müssen, daß wir bis April eine Landesregierung haben. Dies ist alles eher als sicher, wenn man sich anschaut, wie sich die Regierungsmitglieder in den eigenen Reihen und außerhalb der eigenen Reihen lieben. Dies, glaube ich, meine Damen und Herren, wird sich sicher in der nächsten Legislatur auch nicht ändern. Davon können wir ausgehen und deshalb war es realistisch, nicht einen solchen provisorischen Haushalt zu machen, denn da werden sich die Damen und Herren sehr lange streiten müssen, bis sie überhaupt einigermaßen auf einen gemeinsamen Nenner kommen und uns dann ein Regierungsprogramm, ein Koalitionsprogramm vorlegen werden, das wir bzw. diejenigen, die in diesem Hause sein werden, dann wiederum mit mehr oder weniger Genugtuung entgegennehmen werden. Sollte ich wieder hier sein, muß ich von vorneherein sagen, daß mich dieses völlig unberührt lassen wird, wie immer es ausfallen mag, denn aufgrund der Erfahrung der letzten fünf Jahre weiß ich, daß das alles nur ein Larifari ist, daß man uns ein Papier vorlegt, auf dem sehr viel Geschwafel steht, in Wirklichkeit führt man dann eine völlig andere Politik. Es war in den letzten fünf Jahren so, in den vorletzten fünf Jahren so, und wird sehr wahrscheinlich in den nächsten fünf Jahren auch nicht anders sein.

Einen politischen Haushalt zu verabschieden hätte ich hingegen als ungerecht und politisch arrogant empfunden, denn wir haben nun einmal nicht das Recht, jetzt politisch zu entscheiden, was diejenigen tun müssen oder können, die nach uns hier sein werden. Das finde ich gut, daß man diesen Weg nicht gegangen ist. Dem technisch-administrativen Haushalt, der uns nun vorgelegt wird, der ist wie gesagt, vom rein Administrativen her die beste Lösung, aber man geht eben davon aus, daß man bis April noch keine funktionierende Landesregierung haben wird. Das, glaube ich, ist einer der Punkte, der sehr klar hervorgeht. Man hat 60% der Investitionen vorgesehen, dies wäre meines Erachtens in diesem Ausmaße

nicht nötig gewesen, denn wenn wir uns die Haushaltsgebarungen der letzten 5 Jahre anschauen, dann sehen wir, daß es keinen einzigen gibt, wo innerhalb April 60% der Investitionen getätigt worden sind. Folglich will man hier halt doch ein bißchen mehr in den nächsten Landtag hineinregieren, als es uns an und für sich zustünde. Man hat für bestimmte Bereiche, z.B. im Bereich des Landes, aber auch im Bereich der Gemeinden, im Bereich des Landes 100% der laufenden Ausgaben vorgesehen, für die Gemeinden 100% der Beiträge mit der sehr präzisen Begründung, daß dies deswegen notwendig ist, weil in den Gemeinden Wahlen anstehen und die Gemeinden deshalb ja wissen müssen, über wieviel Geld sie verfügen. Ich finde diese Interpretation zumindest ehrlich. Ich bemängle aber, daß man nicht gleichzeitig den sogenannten untergeordneten Institutionen, ich denke da z.B. an das Institut für Musikbildung, ich denke an die RAS, ich denke an alle jene Institutionen, die vom Land finanziell abhängen. Für diese hat man nur einen Teil der laufenden Ausgaben und nicht die 100% vorgesehen, aber auch diese, meine Damen und Herren, werden so wie das Land, das Personal usw. bezahlen müssen. Es entsteht die Frage: Was passiert, wenn die nun nicht mehr das Geld haben, das Personal zu zahlen? Sie werden sagen, dann wird man eben eine Haushaltsabänderung machen, aber die hätte man dann in gleicher Weise selbstverständlich für das Land und auch für die Gemeinden machen können. Es ist also so, daß man auch hier wieder einmal mit zweierlei Maß gemessen hat und daß man diese wertvollen Institutionen eigentlich in diesem Haushalt sehr ungerecht behandelt.

Wer zu diesem Haushalt Ja sagt, und ich gehöre sicher nicht zu jenen, der würde der zukünftigen Landesregierung einen Blankoscheck ausstellen, einer Landesregierung, die wir überhaupt noch nicht kennen. Ich würde mich schon davor hüten, dieser Landesregierung einen Blankoscheck auszustellen, die ich kenne oder vielleicht gerade weil ich sie kenne. Aber einen Blankoscheck einer Regierung auszustellen, von der ich nicht einmal weiß, wer sie ist und wie sie zusammengesetzt ist, das glaube ich, überschreitet doch das Ausmaß dessen, was einem Abgeordneten zumutbar ist. Es geht aus diesem Haushalt sehr klar hervor, daß die jetzigen Mächtigen den zukünftigen Mächtigen ein genaues Programm vorlegen wollen in diesem Sinne, daß ja nichts geändert werden darf. Denn man hat überhaupt nichts geändert, man hat wieder fortgeschrieben. Sie werden sagen es steht uns nicht zu, politische Entscheidungen für die nächsten Jahre zu fällen, die Sie aber in anderen Bereichen sehr wohl getätigt haben. Es wird hier praktisch festgelegt - und das ist typisch für eine so konservative Regierung wie wir sie haben, daß nichts geändert werden soll. Rings herum um uns ändert sich jeden Tag allerhand und wir Volksvertreter sind offensichtlich nicht bereit, bzw. ihr Teil Volksvertreter, nämlich der Teil der Mehrheit, ist offensichtlich nicht bereit, auf diese Änderungen um uns herum einzugehen und den Haushalt entsprechend zu gestalten. Der Haushalt ist starr geblieben wie je zuvor, er ist nach wie vor stark an Subventionitis erkrankt, er ist ein Haushalt, von dem man sagen kann, er ist von Menschen gestaltet worden, die einfach nicht zur Kennt-

nis nehmen, daß sich in unserem Lande Dinge verändern, und die nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß auch in unserem Lande Fortschritt geschehen soll. Sie nehmen politisch nicht zur Kenntnis, daß es nicht genügt, immer nur zurückzuschauen auf das was man getan hat, denn dies wird auf Hochglanzpapierbroschüren reichlich getan, sondern man sollte ganz schlicht und einfach einmal nach vorne sehen und, gemessen an den jetzigen Umständen, das Gute von der Tradition erhalten, aber auch bereit sein, Neues zu schaffen und zu verändern. Und gerade dies, meine Damen und Herren, ist in diesem Haushalt in keinster Weise vorhanden. Dieser Haushalt ist eine politische Stabilisierung des Status quo und es ist der unberechtigte politische Versuch, auch die zukünftige Landesregierung und den zukünftigen Landtag an diesen Stil zu binden. Man will auf dieselbe Art und Weise weiterwursteln. Das einzige was man vielleicht ändern möchte ist, daß man noch mehr Geld bekommt, denn wenn man noch mehr Geld bekommt, dann wird man noch mächtiger. Und das ist vor allen Dingen, so scheint es mir, für bestimmte Leute wichtig. Uns scheint es nicht wichtig. Uns scheint es wichtiger, daß man weniger die Macht spüren läßt, sondern daß man das Volk spüren läßt, daß man ein Volksvertreter ist. Dies ist in diesem Haushalt auch in keiner Weise enthalten.

Ich werde mir vorbehalten, eventuell zu einzelnen Kapiteln noch etwas zu sagen, obwohl ich hinzufügen möchte - es ist nicht ganz sicher, daß ich etwas sagen werde, denn in den Kapiteln selbst hat sich ja praktisch nichts verändert. Aber das ist eben zu bemängeln. Man hat gesagt, wir lassen alles beim alten, so wie es ist geht es gut, der nächste Landtag, die nächste Landesregierung, die sollen so weiterarbeiten, wie wir es bis jetzt getan haben, denn besser wird es wohl auch nicht gehen. Das wäre auch kaum vorstellbar, und man hat nicht einen einzigen Hinweis im Haushalt gefunden, und wenn er da wäre dann soll man ihn mir sagen, wo man tatsächlich einen Anhaltspunkt finden kann, daß es in unserem Lande wesentliche Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft gegeben hat, auf die man Rücksicht genommen hätte. Dies ist nicht der Fall.

Noch ein Letztes. Wir haben in diesem Hause im Sommer Gesetze verabschiedet, die, wenn man sie wirksam werden lassen will, eine stärkere Finanzierung verlangen, ich denke da beispielsweise an das Pendlergesetz. Die Landesregierung hat dieses Gesetz vom Landtag schön verabschieden lassen, aber sie hat einfach nicht die entsprechenden Geldmittel vorgesehen. Auch das ist eine Mißachtung des Landtages, auch der Mehrheit dieses Landtages, ohne die dieses Gesetz ja nicht durchgegangen wäre. man degradiert uns praktisch zu politischen Kasperln, wir können Gesetze beschließen und die Landesregierung sieht einfach nicht die Gelder vor, die für das Wirksamwerden dieser Gesetze notwendig sind. So, meine Damen und Herren, geht es nicht. Wenn die nächste Landesregierung im selben Stile weiterarbeiten will, dann möchte ich dem Südtiroler Volk nur wünschen, daß es - zwar nicht rasch, das bin ich überzeugt -, aber doch möglichst schnell zu neuen Mehrheiten kommt, damit wir endlich mehr Freiheit und Demokratie in unserem Lande erleben und damit sich dies auch im Haushalt

niederschlagen möge.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, egregi colleghi. Questa legislatura ci riserva il primato delle novità per quanto concerne le discussioni di bilancio. Non era mai accaduto al termine di una legislatura in 40 anni di vita di questo Consiglio provinciale che si intendesse approvare il bilancio di previsione per l'anno successivo, senza una relazione politica specifica non solo ma soltanto come documento contabile approfittando di una situazione anomala, approfittando soprattutto del fatto che durante la campagna elettorale io credo che ben difficilmente i consiglieri o i parlamentari di qualsiasi Parlamento possano occuparsi con serietà e con impegno proprio delle previsioni di bilancio. Si giustifica questo fatto dicendo che tanto si tratta di un documento tecnico che praticamente non è modificabile, e che quindi ci si avvantaggia per quanto attiene all'impiego delle risorse della parte di bilancio presa in considerazione, su eventuali possibilità di lungaggini burocratiche, soprattutto per quanto concerne la formazione della nuova Giunta a venire, la nuova Giunta che dovrà scaturire dalle elezioni del 20 novembre. Direi che come giustificazione è piuttosto modesta, anche da un punto di vista morale, oltre che politico, che evidentemente nessuno può ipotizzare che razza di Giunta scaturirà dalle prossime elezioni, e nessuno può ipotizzare quelli che saranno gli orientamenti che noi auspichiamo certamente diversi da quanto finora attuati, di quella che sarà la Giunta, che verrà eletta a seguito del voto del 20 novembre. Non penso neanche che si sia voluto offrire un contentino, la buona-uscita al Presidente Magnago che sappiamo tutti che non ricandiderà. Peraltro sollevandolo da quello che potrebbe essere, o avrebbe potuto essere una relazione politica, che avrebbe potuto sicuramente sopportare e noi ce lo auspicavamo, la presentazione di questo bilancio, in fondo era il bilancio di chiusura non solo della nona legislatura, ma era il bilancio ed è il bilancio di chiusura dell'attività alla testa la Giunta provinciale del Presidente Magnago, e mi meraviglia sinceramente che egli abbia accettato in sostanza questa imposizione dell'Assessore alle Finanze, se la possiamo pure giustificare come tale. Ma evidentemente sei tu Balzarini l'Assessore alle Finanze che hai insistito per la presentazione del documento e lo hai definito praticamente un documento esclusivamente tecnico. Penso che il Presidente abbia accettato magari di buon grado però per noi sicuramente come una imposizione il tuo modo di pensare e di vedere in questa occasione. Io ricordo i tempi in cui avevamo difficoltà a far approvare, a presentare il bilancio entro i termini dell'anno finanziario, ricordo le discussioni serrate che avevamo con l'allora Assessore alle Finanze Dott. Prof. Molognoni, e così come le avevamo con la Giunta per intera la quale sosteneva che era molto meglio una volta presentare il bilancio, una volta approvata la quota variabile, adesso siamo addirittura in attesa del varo definitivo della norma finanziaria e tuttavia ci presentiamo con un documento che rappresenta il 60% dell'attività della Giunta provinciale e si so-

stiene a mio giudizio non proprio molto opportunamente e giustificatamente, che in fondo si tratta di una parte di bilancio scontata e per giunta ci consente di operare senza l'assillo della scadenza dell'esercizio provvisorio. A parte che l'esercizio provvisorio si può rinnovare, anche dopo i primi 4 mesi e per altri 4 mesi eventualmente. Mi dicono solo 4 mesi, penso siano più che sufficienti per nominare la Giunta, che dovrebbe uscire dall'elezioni del 20 novembre. Ci sono praticamente 6 mesi e credo che data la situazione, a meno che non ci siano dei rivolgimenti eccezionali, dovrebbe essere difficile nominare anche la prossima Giunta, a meno che non temiate effettivamente che ci sarà uno sconvolgimento nella pianta di questo Consiglio provinciale. Ciò che sorprende in effetti è che questa ipotesi di bilancio si dá per scontata a priori. E' uno dei tanti segni, lasciatemelo dire, di quella che può essere l'arroganza del potere, perché voi sapete perfettamente che tanto per quanto ci si dilunghi noi a discutere, o si voglia presentare emendamenti, variazioni, ipotesi di modifica, voi avete i vostri 26-27 voti, in particolare i 22 della SVP e quello fa testo, quello è il muro contro il quale si cozza comunque, perché tanto avendo questa forza numerica alle spalle ben poco c'è da prevedere. C'è poco da prevedere anche per l'impiego futuro di quelli che saranno i completamenti a seguito dell'entrata in vigore della legge di riforma finanziaria. Io ho dato una scorsa alla relazione e alle cifre, il bilancio si presenta a pareggio con 2.147 miliardi, si fa salva la previsione di 400-450 miliardi da aggiungere, su cui si svolgerà la grande battaglia questa primavera, una volta acquisita la somma, ma ciò che mi ha sorpreso tra i vari conti, è il solito elenco dei residui attivi e passivi. Fra una storia e l'altra abbiamo 1.150 miliardi di residui attivi e più o meno, qualcosa di simile di residui passivi. E' vero che qui c'è un'ennesima questione su che cosa si intende esattamente per residui passivi. Non si tratta di denaro non speso, perché non si vuole spenderlo, e non si sa come spenderlo. Indubbiamente dimostra ancora una volta un'entità ragguardevole, che da da pensare sulla strutturazione e sulla funzionalità di quella che è la Provincia autonoma, la quale non riesce a spendere quasi la metà del proprio bilancio. Ma questo è un dato impressionante secondo noi. Entro l'anno e sí che è stato presentato il bilancio e approvato in termini addirittura, e quindi ha avuto tutto l'anno ma non riesce a spendere perché la previsione è fatta il 31.12.1988, la bellezza di 1.000 e più miliardi della propria previsione. Questo ci preoccupa, noi speriamo sempre di essere contraddetti, quanto meno edotti sufficientemente per la giustificazione di questi importi. Poi per quanto riguarda tutti gli altri movimenti finanziari, anche noi sottolineiamo che il fatto che i residui attivi, cioè quanto deve lo Stato a tutt'oggi, siano ben 1195 miliardi. Anche questo dimostra che evidentemente c'è qualche meccanismo perverso che non riusciamo a superare. Soprattutto dal nostro punto di vista dimostra che i miliardi che vengono forniti alla provincia di Bolzano sono tanti, tantissimi. Sono talmente tanti che la provincia trova difficoltà addirittura ad impegnarli. Non

tanto ad impegnarli, ma quanto a spenderli effettivamente. Anche quest'anno si fa cenno all'eventuale necessità di un'anticipazione di cassa, perché per quanto riguarda il bilancio di cassa siamo in deficit di circa 45 miliardi, se non vado errato. Queste storture sarebbero il caso che venissero eliminate, poi non so se effettivamente nel corso dell'anno si potrà riuscire a superare questo ostacolo, certo è che non lascia buona impressione. Che cosa dire del contenuto del bilancio? Questo che ci viene presentato, praticamente è un bilancio di ordinarissima amministrazione, che rispecchia esclusivamente le poste dell'anno scorso, sulle quali avevamo già discusso e già preso determinate posizioni. E' un bilancio di attuazione degli impegni di spesa previsti alle leggi votate e in sostanza se volessimo tornare a discutere su queste cose qui dovremmo rifarci alle prese di posizione, agli atteggiamenti tenuti nel corso e delle discussioni delle leggi e del precedente bilancio. Non credo che noi vogliamo perdere tempo in questo, ma se posso ribadire in qualche modo, sottolineare il disagio che noi proviamo nell'affrontare questa discussione, è proprio il fatto che ci si mette di fronte al fatto compiuto, al fatto già deciso, che non offre alcuna possibilità di confronto. Non c'è in questa fase molto delicata e importante, la possibilità di un reale confronto con la maggioranza, la quale si trincea dietro un obbligo istituzionale, dietro un espediente per poter consentire all'inizio della nuova legislatura lo svolgimento delle trattative di formazione della Giunta, ma soprattutto non solo condiziona quella che sarà la nuova Giunta, ma dà per scontato un risultato che le possa consentire di superare questa fase che quanto meno, in campagna elettorale, dovrebbe essere una fase in cui prevale il dubbio, l'incertezza. Noi sappiamo perfettamente tutti quanti che qualche variazione nella composizione di questo Consiglio provinciale ci sarà, non vogliamo fare i presuntuosi e fare i velleitari, ma non c'è dubbio che si ridimensioneranno certi rapporti di forza. Noi per nostra parte auspichiamo che avvenga il massimo di ridimensionamento, ma anche voi realisticamente non potete certamente sperare o credere in assoluto che le cose rimarranno come sono adesso. Questo naturalmente avrebbe dovuto consigliarvi un pochino più di rispetto delle forze politiche, di rispetto anche della popolazione tutta, la quale non può sempre accettare a scatola chiusa le vostre decisioni. Nella relazione di minoranza sia pure succinta, noi abbiamo espresso quelli che sono i nostri punti di vista in ordine al fatto tecnico e soprattutto per quanto concerne il fatto politico in sé. Ci sembra che purtroppo troppo spesso noi delle minoranze siamo costretti a parlare al deserto. Si parla molto spesso di una necessità di un confronto di apertura, di dialogo, di necessità di ascoltarsi reciprocamente e poi i risultati purtroppo sono quelli che sono e noi veniamo posti di fronte a prese di posizione e di documenti, si sa perfettamente che non possono neanche essere lontanamente discussi. Non pretendo che mi si stia ad ascoltare, perché non dico cose eccelse, gradirei che i colleghi si ricordassero che stiamo discutendo il bilancio di previsione e non stiamo qui a raccontarci delle bar-

zellette. Gradirei che il Presidente dell'assemblea facesse rispettare questo dato di fatto, perché é perfettamente inutile svolgere i propri interventi, per quanto li riteniamo modesti, dato che peraltro non ci é possibile nell'occasione specifica nemmeno ottenere il conforto dell'oggetto, del documento in sé, che viene presentato come ripetizione pedissequa del documento dello scorso anno. Noi ovviamente non voteremo questo bilancio, come non abbiamo votato i bilanci precedenti, non soltanto perché siamo forza di opposizione che si é sviluppata durante tutti i cinque anni e non ci ricordiamo di fare l'opposizione solo durante la campagna elettorale ad un mese di distanza o venti giorni, ma cogliamo anche l'occasione per dire, speriamo che questa sia l'ultima volta in cui veniamo messi nella condizione, durante la campagna elettorale, di discutere soltanto un documento esclusivamente di carattere tecnico. Anche per questo motivo siamo contrari al bilancio e fin da questo momento dichiariamo che voteremo contro.

MAGNAGO (Landeshauptmann - SVP): Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich habe es als korrekt empfunden, in der Lage in der wir uns derzeit befinden und ich mich persönlich befinde, keinen politischen Bericht zu machen, denn ein solcher politischer Bericht hätte mir unter Umständen nur die Gelegenheit bieten können, kurz vor den Wahlen auch eine Wahlpropaganda zu machen und das gleiche wäre gewesen für die die mir dann geantwortet hätten. Ich betrachte also meine Haltung als korrekt, wenn ich es diesmal unterlassen habe, einen politischen Bericht zu machen. Niemand kann mir sagen, daß ich diesbezüglich in der Vergangenheit säumig gewesen wäre. Ich habe Euch schon zwei Dutzend politischer Berichte im Laufe der Jahrzehnte, seit ich dieses Amt inne habe, gemacht. Was die Äußerung des Kollegen Mitolo anbelangt, der Finanzassessor hätte einen Druck ausgeübt, irgendwie mir geraten, keinen politischen Bericht zu machen, so möchte ich feststellen, daß das in keiner Weise stimmt und somit hat er nicht den geringsten Druck ausgeübt, sondern es war immer klar, daß der Finanzassessor den Bericht zu diesem technischen Haushalt machen und dann auch antworten wird. Ich danke vielmals.

BALZARINI (Assessore alle finanze e patrimonio - DC): Voglio rispondere al collega Mitolo confutandogli che nel 1983 é stato fatto lo stesso bilancio tecnico e approvato dal Consiglio provinciale un bilancio tecnico come oggi ho proposto allo stesso. Perché si é scelta questa strada del bilancio tecnico? Si é scelta questa strada non tanto perché si ritiene che entro il mese di aprile si riesca a formare una nuova amministrazione, una nuova Giunta provinciale, può essere che si arrivi anche prima, però il bilancio deve essere comunque operato, steso, e nello stesso tempo approvato poi dal Consiglio provinciale. Secondo il mio punto di vista si poteva uscire dai termini di aprile e quindi aver scoperto un certo periodo e un atto amministrativo, quindi non aver la possibilità di operare. Per questo si é scelta la strada del bilancio tecnico, perché

alcune spese devono essere inserite nel bilancio già all'inizio dell'anno. Non è possibile spendere un dodicesimo di un qualche cosa dove già all'inizio dell'anno si deve avere la possibilità per tutto l'anno, perché ad esempio la pubblicità, per quanto riguarda il turismo, questo deve sapere già all'inizio dell'anno quanto può spendere entro l'anno. Così parecchi altri capitoli, dove le spese possono essere sì preventivate e quindi avere la possibilità di una spesa obbligatoria. Con una certa tranquillità si può iniziare la spesa già all'inizio dell'anno, anche se questa può essere spesa mese per mese, perché la spesa è un esercizio provvisorio, per cui deve essere spesa un dodicesimo per mese, non i quattro dodicesimi subito. Un dodicesimo ogni mese, quindi non c'era possibilità di fare una certa programmazione, per cui la Giunta ha ritenuto giusto dover presentare questo bilancio tecnico.

Devo subito dire che nel 1984 abbiamo inserito, quindi al bilancio alla fine del 1983 è stato presentato il bilancio di previsione 1984 con le spese obbligatorie secondo le necessità, le spese correnti uguale al 1983, quindi il 100% e le spese di investimento al 50%. Questa volta si è aumentato di un 10%, quindi si è presentato un bilancio con un aumento del 10% rispetto al bilancio 1984, perché abbiamo ritenuto di formulare questo bilancio con il vecchio sistema dello statuto di autonomia, articolo 78 e quindi abbiamo utilizzato tutte queste entrate che sono riferite al bilancio dello Stato al bilancio di previsione dello Stato, in questo modo con certe previsioni che probabilmente saranno anche cambiate dal Parlamento dal momento in cui andrà ad approvare il bilancio.

Questa era filosofia di questa impostazione, di questo bilancio. Non potevamo presentare un bilancio con le nuove norme, perché ancora non sono approvate e nello stesso tempo non ci voleva dare la possibilità a questa amministrazione, a questa Giunta, di presentare un bilancio con l'accensione, con il pareggio di un mutuo. Per questo è stato fatto questo bilancio tenendo conto solamente di quello che la Provincia autonoma di Bolzano andrà ad ottenere secondo il vecchio sistema. Nello stesso tempo dobbiamo dire che abbiamo voluto, e qui c'è stato un accordo tra la provincia e il consorzio dei comuni, di dare non solo il 100% ai comuni, ma dare praticamente un aumento di circa il 20%, per andare a coprire tutti gli aumenti di stipendio. In questo periodo si stanno sistemando alcune diatribe, che ci sono tra l'amministrazione e il personale anche dei comuni, quindi la possibilità di coprire e nello stesso tempo di dare grosso modo tutto ciò che viene dato dallo Stato alla Provincia per quanto riguarda i comuni. Anche questo è nella variazione di bilancio che ho fatto distribuire, oltre ad aggiungere ad alcuni capitoli e detraendo al capitolo delle competenze riservate dei singoli Assessori al 60%, che mi era sfuggito, perché in un primo tempo avevo messo come spesa obbligatoria il 100%. Non è giusto che come diamo il 60% per gli investimenti, togliamo il 40%. Nelle variazioni sarà niente, ma è anche il segno, perché la Giunta provinciale e noi Assessori abbiamo la possibilità di impegnare massimo il 60% di queste spese. Ogni Assessore ha tale possibilità.

Dicevo che questo bilancio é nato su una campagna delle regioni a Statuto ordinario contro le regioni a Statuto speciale. Ci siamo incontrati piú volte tra Assessori di regioni a Statuto ordinario e regioni a Statuto speciale e si é discusso a lungo e in largo le competenze e le maggiori possibilitá di finanziamento che hanno le regioni a Statuto speciale e quelle a Statuto ordinario. Si é visto anche la previsione che era stata fatta da un illustre studioso, che alla fine aveva preso anche lui alcune posizioni dove non era informato sufficientemente delle competenze che le regioni a Statuto speciale hanno nei confronti delle regioni a Statuto ordinario. Quindi abbiamo confutato e ci siamo incontrati alcune volte per discutere questo, ci siamo incontrati a livello nazionale, per quanto riguarda invece la richiesta da parte del Governo per una riduzione delle entrate delle regioni a Statuto speciale, lí abbiamo trovato quell'accordo che avevo giá in precedenza accennato. Chiedo e prego il Consiglio provinciale di approvare il bilancio cosí con le variazioni presentate, perché ritengo che si possa tranquillamente operare non senza nessun controllo, speriamo secondo le leggi. Grazie.

PRESIDENTE: Dichiaro chiusa la discussione generale.

E' stato presentato un ordine del giorno dalla dott. Klotz, però non é pertinente e lo considero un'interrogazione che passeremo al Presidente della Giunta, in quanto l'ordine del giorno prevede una votazione e una risposta verbale.

La parola al consigliere Klotz sull'ordine dei lavori.

KLOTZ (SHB): Danke, Herr Präsident! Der Art. 66 der Geschäftsordnung erwähnt nur, daß es während der Generaldebatte, oder vor deren Beginn, jedem Abgeordneten gestattet ist, eine Tagesordnung zu der in Behandlung stehenden Angelegenheit vorzulegen. Ich erachte sehr wohl, daß es jetzt am Auslauf dieser Legislatur notwendig und wichtig für uns alle ist, angesichts der Tatsache, daß der Landeshauptmann, wie wir alle mit Sicherheit wissen, nicht mehr in der neuen Landesregierung sein wird, aber trotzdem die politischen Geschicke unseres Landes wesentlich beeinflussen wird, daß er uns am Auslauf der Legislatur eine kurze - und ich habe ausdrücklich verwiesen darauf, daß eine mündliche Berichterstattung genügt. Ich halte das für sehr wesentlich und nicht, daß man daraus eine Anfrage macht, denn dann hätte ich sie als Anfrage eingebracht. Aber ich will das im Zusammenhang mit dieser Haushaltsdebatte, mit diesem Haushaltsvoranschlag haben. Und ich kann nicht erkennen, weshalb es nicht ein ordnungsgemäßer Punkt entsprechend dem Art. 66 der Geschäftsordnung sein soll. Das kann ich mir nicht erklären, wieso man das nicht als solchen behandeln will. Ich bestehe auf die Behandlung als Tagesordnung.

PRESIDENTE: Ma scusi, qui non ci siamo capiti. Lei ha presentato un ordine del giorno e dice subito che é sufficiente una risposta verbale. Lei deve tirare via questa frase e poi metterlo in votazione. Se vuole lo

leggo, ma se vuole una risposta verbale é un'interrogazione.

KLOTZ (SHB): Herr Präsident! Nur um ein Mißverständnis auszuräumen. Der Text lautet: "Der Südtiroler Landtag möge den Herrn Landeshauptmann verpflichten...", das bedeutet, daß darüber abgestimmt werden muß, wie normalerweise bei Tagesordnungen. Das darunter ist nur eine Präzisierung meinerseits, daß mir mündliche Erklärungen genügen. Es ist aber nichts anderes. Das ist meinerseits eben das Einverständnis, daß der Herr Landeshauptmann jetzt nicht einen schriftlichen Bericht vorzulegen hat. Aber die Tagesordnung ist korrekt abgefaßt, es steht: "Der Südtiroler Landtag möge den Landeshauptmann verpflichten", und um den Landeshauptmann verpflichten zu können, muß der Landtag die Tagesordnung entweder annehmen oder ablehnen.

PRESIDENTE: Allora io stralcio l'ultima riga e do lettura dell'ordine del giorno n. 1:

Il Consiglio provinciale
impegna

il Presidente della Giunta provinciale a volere

- 1) rendere una relazione sull'attuale posizione delle sue trattative sul pacchetto;
- 2) rendere dal suo punto di vista e in base alle sue conoscenze una panoramica sul futuro politico che si profila nella nostra Provincia e di volere illustrare in quale direzione egli intende guidarlo con la sua influenza, che esercita ulteriormente e quali obiettivi politici egli persegue;
- 3) dichiarare se e in che forma egli intende opporsi ai recenti massicci tentativi ed interventi di intimidazione nei confronti di sudtirolesi (quali ad esempio la criminalizzazione del termine "Tirol", procedimenti giudiziari a carico dei 6 giovani di S. Giorgio), anche per prevenire in futuro il ripetersi di eventi analoghi.

Der Südtiroler Landtag

möge den Herrn Landeshauptmann

verpflichten,

1. Bericht über den derzeitigen Stand seiner Paketverhandlungen zu erstatten;
2. aus seiner Sicht und seinem Kenntnisstand einen Ausblick auf die zu erwartende politische Zukunft unseres Landes zu geben und zu erklären, wohin er diese mit seinem weiteren Einfluß zu lenken gedenkt und welches politische Konzept er verfolgt;
3. zu erklären, ob und was er gegen massive Einschüchterungsversuche und -maßnahmen gegenüber Südtirolern in letzter Zeit (z.B. Kriminalisierung des Begriffes Tirol, Verfahren gegen die 6 Jugendlichen aus St. Georgen) zu tun gedenkt, auch um solche in der Zukunft zu verhindern.

La parola al consigliere Klotz.

KLOTZ (SHB): Herr Präsident! Ich will hier nicht lange reden. Ich glaube, daß die Tagesordnung sehr klar formuliert ist. Es geht darum, daß der Landeshauptmann eben einen mündlichen Bericht erstattet über den derzeitigen Stand der Paketverhandlungen, eigentlich seiner Verhandlungen, denn er war ja der letzte, der dies betreffend in Rom vorgesprochen hat. Wir haben darüber noch nie Auskunft erhalten, was dabei herausgekommen ist.

Der zweite Punkt: Aus seiner Sicht, denn man kann nicht verlangen, daß er als Prophet hier auftritt, aber aus seiner politischen Sicht und seinem Kenntnisstand, uns hier erklärt oder einen Ausblick gibt auf die zu erwartende politische Zukunft. Natürlich ist das kurzfristig gesehen, die kurzfristige politische Zukunft. Wie er sich die, gerade auch im Zusammenhang mit der Paketentwicklung, vorstellt, wohin er diese in der nächsten Zukunft, solange er die Geschicke dieses Landes noch wesentlich mitbeeinflussen wird, wohin er diese zu lenken gedenkt und welches politische Konzept er verfolgt. Wir möchten hier genau hören, ob er ein politisches Konzept hat, eben gemessen am derzeitigen Stand, an den Verhandlungsergebnissen in Rom, und worin dieses politische Konzept besteht.

Das andere ist dann auch sehr klar, die Einschüchterungsversuche und Einschüchterungsmaßnahmen. Ich habe hier als besondere Schwerpunkte eben die offene Kriminalisierung der Benützung des Wortes, des Gebrauches des Begriffes "Tirol". Herr Landeshauptmann, wenn ich hier vielleicht noch dazusetzen kann und Sie davon in Kenntnis setzen kann, daß alle jene registriert werden, die auf ihren Autos die Aufschrift "Tirol" haben anbringen lassen. Nur damit Sie wissen, um was es hier vor allen Dingen geht. Man könnte auch anderes hinzufügen, aber ich bin überzeugt, daß auch Sie von diesen Einschüchterungsmaßnahmen genaue Kenntnis haben, so daß ich nicht alle einzeln anzufügen brauche. Ob er etwas bzw. was er zu tun gedenkt, um für die Zukunft solches zu verhindern. Ich meine, es ist schwerwiegend, daß im demokratischen Italien erstmals eben der Gebrauch des Begriffes "Tirol" kriminalisiert wird. Ich glaube, da verdienen wir uns schon eine klare Antwort. Herr Landeshauptmann, Sie dürfen etwa nicht glauben, daß ich diese Tagesordnung gemacht habe, um Sie zu provozieren oder, wie Sie gesagt haben, Sie hätten damit Gelegenheit gehabt, Wahlpropaganda zu machen. Ich weiß, daß Sie auch so korrekt sind, um dies nicht als Wahlpropaganda zu nutzen, sondern hier als scheidender Landeshauptmann, vielleicht ist es Ihre letzte Gelegenheit, hier in diesem Saale Rechenschaft zu geben über Ihre bisherige politische Tätigkeit, am Ende Ihres Wirkens in diesem Saal.

TRIBUS (AS): Saró brevissimo. Herr Landesrat, Herr Präsident, Herr Landeshauptmann! Ich werde dieser Tagesordnung zustimmen, und zwar deshalb: Ich glaube nicht, daß man sagen kann, daß die Forderung, die hier

an Sie gerichtet wird, nicht zum Thema paßt. Wenn Sie auch zu diesem Haushalt einen Bericht vorgelegt hätten, dann hätte sich diese Tagesordnung erübrigt. Sie haben jedes Jahr einen Bericht geschrieben und in den Berichten, die Sie geschrieben haben, haben Sie immer auf die Verhandlungen zum Paket Bezug genommen und auch darüber berichtet. Es ist also nichts Neues, wenn Sie die Gelegenheit nützen, anläßlich der Haushaltsdebatte diesem Haus Bericht zu erstatten, wie die Verhandlungen laufen. Es gibt da einiges zu sagen und ich glaube, der Landtag hat auch das Recht, das nicht nur aus der Presse ab und zu zu erfahren, sondern auch aus Ihrem Munde, nachdem Sie ja hier sind. Deshalb stimme ich zweifelsohne den Punkten 1 und 2 zu.

Nicht ganz sicher bin ich mir beim Punkt 3. Der, glaube ich, ist nicht unbedingt eine Kompetenz des Landtages und ich bin nicht sicher, ob das hier der Rahmen ist, darüber abstimmen zu können. Natürlich können Sie darüber auch berichten, aber ich glaube, das sind Verfahren und Maßnahmen, die die Gerichtsbehörde ergriffen hat, die eine autonome Körperschaft des Staates ist, und ich glaube nicht, daß wir hier die Kompetenz, die Befugnis haben, hier im Landtag dagegen etwas zu tun. Politisch kann natürlich jede Partei, jeder Verein dagegen etwas unternehmen, das ist natürlich eine Selbstverständlichkeit. Aber als Landtag glaube ich nicht, daß wir hier etwas verabschieden können, gegen oder für die Maßnahmen, die die Gerichtsbehörde ergreift. Ich will damit nicht sagen, daß ich mit dem Vorgehen der Gerichtsbehörde in dieser hier spezifisch aufgezeigten Angelegenheit der 7 Jugendlichen aus St. Georgen einverstanden bin, aber darüber will ich mich nicht hier im Landtag äußern, das kann ich politisch außerhalb tun, weil ich dort eine Trennung der beiden Institutionen für richtig und notwendig halte.

Deshalb bitte ich Sie, getrennt nach Punkten abstimmen zu lassen. Ich stimme Punkt 1 und 2 zu und zu Punkt 3 werde ich mich der Stimme enthalten.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Mi rivolgo alla collega presentatrice dell'ordine del giorno, poi entrerò anche nel merito e cercherò di dire una mia modesta opinione. Però premesso che era surrogabile l'ordine del giorno da quelle relazioni politiche che normalmente accompagnano il bilancio, Presidente Magnago, non me ne voglia, ma il sipario di evitare propaganda elettorale in una relazione, non convince. La propaganda elettorale se uno la vuol fare non la fa solo con la relazione al bilancio 1989, ma la può fare con la relazione al bilancio 1988, 87,86, ecc. Togliamoci da torno queste preoccupazioni, che sono oltretutto anche inutili. Poi ognuno legge come crede la relazione, però io parlo della relazione politica, che può anche offrire il destro a pretesti di questo genere, ma basterebbe preventivamente non fornirli e poi vedrete che restano le valutazioni per quelle che esse sono. Mi ricordava il collega Balzarini che facemmo così nel 1983, ma non ricordo che nel 1983, pur in presenza di un bilancio di previsione, ci fu la relazione politica. Credo

che ci sia stata e anche nel 1983 c'era un anno elettorale, si votava, per cui non capisco come mai due pesi due misure. Detto questo collega Klotz, mi pare che l'ordine del giorno si presti a questa osservazione. Ripeto non é una critica e tanto meno una polemica, ma come sempre l'ipotesi é che l'ordine del giorno venga approvato, se viene respinto cade tutto, "buona notte suonatori". Ma se viene approvato e chi ne sa qualcosa é il Presidente della Giunta provinciale, io a mia volta faccio questo quesito. Il Presidente della Giunta provinciale, premesso che é stata ancora una volta stralciato il discorso della risposta orale, quando risponde? Domani?

KLOTZ (SHB): Prima della votazione del bilancio!

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Si chiede al Presidente della Giunta provinciale che prenda posizione in merito a questi punti, entro domani, prima che questo Consiglio venga sciolto. Si dá il caso che il Presidente della Giunta provinciale rimanga Presidente finché non abbia il sostituto, ma non sarà più consigliere e non potrà più venire in quest'aula. E' precisato verbalmente, allora la premessa prima di entrare nel merito é una richiesta più o meno formale al Presidente della Giunta, se ritiene di poter fare questo entro domani, altrimenti se non lo fa al di lá delle buone volontà casca la premessa indispensabile, il requisito che ho appena ricordato. Ciò detto se vogliamo dal punto di vista procedurale, credo che sia giusto poter conoscere lo stato della vertenza, se e come si chiude, il futuro, la prospettiva, ripeto, a patto che non faccia una grinza. Approvo anch'io il primo e il secondo punto. Sul terzo punto la mia perplessità é non solo quella che ricordava il collega Tribus adesso su ordini di competenze in merito a questi fatti. Che giudizio vogliamo o possiamo chiedere? In che forma intende opporsi? Per cui uno può avere anche questa scelta del farlo e del non farlo, e se lo fa in che modo lo fa. Ma al di lá della questione di merito dell'episodio di San Giorgio, mi permetto, collega Klotz, di non respingere il termine "Tirol". Perché Tirol é una parola, se però affidata ad alcune organizzazioni che si vantano in quanto usano questa denominazione di mettere bombe, tu capisci che non é una criminalizzazione del termine "Tirol", ma é una criminalizzazione di chi usa questa parola in questa circostanza. Se l'associazione fosse chiamata "Chiesa" o "Padre Pio", e mette le bombe, io non posso criminalizzare Padre Pio, ma criminalizzo le persone che ci stanno dietro. Siamo attenti a non prendere lucciole per lanterne e pensare di cavarsela con un termine anche se usato così maldestramente, scorretamente. Maldestramente e scorretamente in quanto si esercita violenza, non é che uno appartiene ad un partito la cui sigla e immagine é stata abbondantemente deformata, strumentalmente e interessatamente, dagli attentati dinamitardi. Noi siamo stati sempre tacciati come i rossi, figurati nell'opinione pubblica che meccanismo scatta quando ci sono gli atti terroristici e delinquenziali delle brigate rosse, oppure brigate comuniste

combattenti. Non posso condannare la parola, ma l'uso che ne viene fatto e allora ritorno al mittente. Collega Frasnelli ci capiamo, so interpretare?

PRESIDENTE: Noi con questi interventi creiamo il mito, quella di fare una cosa, tutti ci parlano addosso e poi vi lamentate di tante cose.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Ma per carità, é una discussione molto serena, la pastasciutta può bollire anche più tardi, non state a preoccuparvi. Nei tempi regolamentari ci sono stato, queste considerazioni erano d'obbligo, non do copertura, anzi distinguo necessariamente come stanno secondo un nostro punto di vista le cose. Ho detto che condivido una parte dell'ordine del giorno, gradirei sapere pregiudizialmente se il Presidente della Giunta é disposto oppure no.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz, drei Dinge.

Erstens: Warum der Landeshauptmann keinen politischen Bericht vorgelegt hat, hat er selbst in der Replik vor wenigen Minuten klargelegt und aus diesem Grunde möchte ich noch einmal auf das verweisen, was dort gesagt worden ist und es nicht noch einmal wiederholen. Das haben doch alle gehört.

Zweitens: Die Südtiroler Volkspartei hat ihr höchstes Gremium für den 10. Dezember einberufen. Am 10. Dezember wird das höchste Gremium der Südtiroler Volkspartei eine sehr sorgfältige Prüfung des derzeitigen Standes der Verhandlungen der Südtiroler Volkspartei mit der italienischen Regierung vornehmen und ihre Position festlegen. Die Fraktion der Südtiroler Volkspartei denkt nicht daran, dem höchsten Gremium ihrer Partei vorzugreifen und allfällige Positionen über das Paket werden in diesem Hohen Hause nach dem 10. Dezember den Kolleginnen und Kollegen zur Kenntnis gebracht werden.

Drittens: Die sogenannte Kriminalisierung des Begriffes "Tirol". Die Südtiroler Volkspartei hat in entschiedenster Form, als eine erste Pressemitteilung in dieser Sache bekannt geworden war, Stellung bezogen und unmißverständlich klargelegt, daß "Tirol" ein Begriff ist, mit dem sich die Bevölkerung in diesem Lande identifiziert und den die Bevölkerung auch im südlichen Landesteil ihr Eigen nennt. Diese Stellungnahme hat wahrscheinlich die Ermittlungsbehörden dazu veranlaßt, ebenso festzustellen, daß die Verhaftung der 6 Jugendlichen im Pustertal nicht auf die Verwendung des Begriffes "Tirol" zurückzuführen sei, sondern auf andere Dinge. Dies ist ebenso in den Medien öffentlich bekannt geworden. Wenn nun die Kollegin Klotz hergeht und diese Dinge weiß und eine entsprechende Formulierung in eine Tagesordnung einpackt, dann ist das aus der üblichen populistischen Argumentation heraus, mit der als letztes Argument sozusagen, das dem Heimatbund noch übrig bleibt, Politik zu machen versucht wird.

Im Übrigen, Kollege D'Ambrosio, verwechsle bitte nicht den Begriff "Tirol" und der Unterzeichnung bestimmter Bekenner-schreiben, die mit den beiden Namen "Ein Tirol" unterzeichnet worden sind. Das sind zwei verschiedene Dinge und die sollten wir auch in diesem Hause auseinanderhalten.

Dies alles zusammengenommen stelle ich fest, daß die Fraktion der Südtiroler Volkspartei sich gegen die Annahme dieser Tagesordnung aussprechen wird. Danke, Herr Präsident!

MITOLO (MSI-DN): Presidente, egregi colleghi. Non é una cosa seria questa roba qui. Io semplicemente sono seccato di doverne parlare, perché per forza di cose bisogna parlarne. Il Presidente Magnago ha già fatto sapere qual é il suo punto di vista, non vedo per quale motivo dovrebbe cambiare opinione di fronte un ordine del giorno di questo tipo, primo.

Secondo, il contenuto é di tipo specificatamente elettorale, la signora Klotz pretende in situazioni di questo genere che la si prenda sul serio. Mentre la stampa sta dando notizia di che cosa si sta scoprendo, io se fossi in Lei me ne starei zitto, avrei il buon gusto, non tanto il buon senso, di attendere quanto meno il compimento di tutte le indagini di tutta l'operazione che é in corso, per poi eventualmente uscire allo scoperto, se dovesse avere in qualche modo ragione. Non mi permetterei nel modo più assoluto, ma Lei é abituata ad non avere remore, e nemmeno in una situazione come quella che si sta creando e determinando ha la capacità politica di affrontare questa situazione come si conviene, cioè tacendo ed aspettando. Invece ha l'improntitudine di provocare anche in Consiglio provinciale una discussione sui problemi che sappiamo tutti quanto sono delicati e difficili. Poi fra il resto chi ha criminalizzato mai il termine "Tirol"? I criminali sono quelli che si firmano "Ein Tirol", e sono un'organizzazione che pare, io non voglio neanche ammetterlo come dato definitivo, finalmente stia venendo scoperta e alla luce. Credo che tutti quanti, chiunque abbia un minimo di buon senso, se questa gente effettivamente viene presa c'è da rallegrarsene nella speranza che non possa più nuocere, ma non é colpa certamente della magistratura italiana o austriaca o della polizia italiana o di quella austriaca, se costoro si firmano "Ein Tirol". La criminalizzazione viene di conseguenza diretta proprio anche in forma indiretta nei confronti di questo termine. Che cosa si vuol pretendere? Che il Presidente Magnago si adoperi affinché il termine "Tirol" venga santificato? Credo che quando si arriva a queste forme di formulazione di documenti, si rischia di passare anche per gente che non ha il controllo neanche dei propri nervi e soprattutto della propria cultura. Si cerca ad ogni costo di richiedere l'attenzione dell'opinione pubblica per passare da vittime, é ora che la smettiate di tenere questo atteggiamento, e siate più seri e più responsabili, anche per questo motivo voteró contro questo ordine del giorno.

KLOTZ (SHB): Herr Präsident! Sie müssen mir sagen, in Art. 66, "Ta-

gesordnungen", wird auf die Bestimmungen des Art. 104 verwiesen, daß sie so behandelt werden wie Beschlußanträge. Dann stünde mir eine Replik zu, Herr Präsident! Ich habe Sie gefragt.

PRESIDENTE: Le ho detto, che può parlare come gruppo. Gliel'avevo già detto, signora.

KLOTZ (SHB): Nein, das war eine Frage zur Geschäftsordnung. Ich habe ja ausdrücklich verwiesen auf den Art. 66 und den Art. 104. Das war eine Frage zur Auslegung der Geschäftsordnung.

Ich werde es ebenso kurz machen, wie bei der Darstellung dieser Tagesordnung. Einmal, wenn Fraktionssprecher Frasnelli hier erklärt, man dürfe hier nichts präjudizieren und man dürfe dem höchsten Gremium der Volkspartei nicht vorgreifen, dann muß ich ihm sagen, daß er die Südtiroler Volkspartei mit dem Südtiroler Landtag verwechselt hat, denn wir haben genau dasselbe Recht, hier zu wissen, wieweit diese sogenannten Paketverhandlungen gediehen sind, wie sich der Landeshauptmann die politische Zukunft kurzfristig vorstellt. Das ist nicht nur eine Angelegenheit einer Partei, und wenn es deren höchstes Gremium ist, sondern es ist eine Angelegenheit des gesamten Südtiroler Volkes, dem man Rechenschaft schuldig ist und damit auch den Vertretern des gesamten Südtiroler Volkes, wie sie hier eben im Südtiroler Landtag anwesend sind und wie das Volk eben repräsentiert wird. Das ist kein Argument. Damit will man uns wieder einmal weismachen, daß die politische Entscheidung einzig und allein bei einer Partei liegt und das ist durchaus nicht demokratisch.

Was nun die Kriminalisierung anbelangt, Abgeordneter Mitolo. Wenn jetzt, angenommen, eine Gruppe mit der Trikolore Anschläge verüben würde und daraufhin die Verwendung dieser Trikolore verboten würde, würden Sie das für korrekt halten? Genauso ist es mit dem Begriff "Tirol". Der Begriff "Tirol" ist ein geographischer unantastbarer Begriff, so wie der Begriff "Italien", so wie der geographische Begriff "Trentino", oder so wie der geographische Begriff "Vorarlberg". Deshalb, weil nun eine ominöse Gruppe hergeht und diesen Begriff mißbraucht, indem er Bekennerbriefe, signiert mit "Ein Tirol", an den Schauplätzen der Attentate zurückläßt, darf man noch lange nicht den Gebrauch des Begriffes "Tirol" kriminalisieren und deshalb Jugendliche vor Gericht bringen, das nachher war meines Erachtens ein ganz offensichtlicher Versuch der Rechtfertigung, versuchen, das zu kriminalisieren. Denn das ist eine Kriminalisierung. Das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Und wer uns das weismachen will oder sich auf das herausreden will, der bezeugt, daß er mit der Geschichte, mit der Realität dieses Landes überhaupt noch in keiner Weise sich auseinandergesetzt hat und daß er von dem allen bis heute entweder nichts verstanden hat oder nichts verstehen will. Das ist es. Deshalb ist es auch einmal an der Zeit, daß wir hier die Probe auf das Exempel machen. Wenn diese Tagesordnung abgelehnt wird, dann gehe ich davon aus, daß die Volkspartei etwas zu verbergen hat, daß sie etwas zu kaschieren

hat, weil sie hier nicht Auskunft erteilen will. Ich muß nur sagen, das ist ein höchst alarmierendes Zeichen in diesem Lande. Nicht nur für die derzeitige Situation, sondern auch für die politische Zukunft. Das halte ich nun wirklich für ein Armutszeugnis ersten Ranges.

PRESIDENTE: Mettiamo in votazione il punto 1) dell'ordine del giorno: respinto a maggioranza con 3 voti favorevoli.

Mettiamo in votazione il punto 2) dell'ordine del giorno: respinto a maggioranza con 3 voti favorevoli.

Mettiamo in votazione il punto 3) dell'ordine del giorno: respinto a maggioranza con 1 voto favorevole e 1 astensione. L'ordine del giorno é respinto.

Mettiamo in votazione il passaggio alla discussione articolata sul disegno di legge n. 244/88: approvato a maggioranza con 4 voti contrari.

Mettiamo in votazione il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge n. 245/88: approvato a maggioranza con 4 voti contrari.

La seduta é tolta.

ORE 13.05 UHR

S E D U T A . 283. S I T Z U N G

8.11.1988

Sono intervenuti i seguenti Consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Langer (4,6,8,16)

Zelger (4,7)

Klotz (10,14,49,58,59,60,64)

Frasnelli (12,15,63)

D'Ambrosio (13,41,61)

Peterlini (14,15,16)

Meraner (14,50)

Mayr (15)

Boesso (17,58)

Tribus (47,60)

Mitolo (53,64)

Magnago (56)

Balzarini (56).